

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13883. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorrat 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigbüchse und alle Postanstalten entgegen.

Werden sie es wagen?

Auf dem Wege zur Hungerkatastrophe.

Die Ernährungslage wird immer bedrohlicher. Die Brotversorgung, die der leichtfertige Ernährungsminister Hermes jüngst im Hauptauschuß des Reichstages als ernst, aber nicht hoffnungslos bezeichnete, ist geradezu katastrophal. Eine offizielle Mitteilung zeigt, daß an eine Erhöhung der Brotzotation überhaupt nicht zu denken ist. Statt 1 1/2 Millionen Tonnen Auslandsgetreide, die nach Hermes nötig wären, wird Deutschland 3 Millionen Tonnen einführen müssen. Das bedeutet eine Ausgabe von 15 Milliarden Mark, für die das Reich keine Mittel hat.

Noch schlimmer fast als diese grauenhafte Tatsache ist aber der Plan, durch den der Minister gegen die Ernährung den Schaden zu reparieren gedenkt. Er will nach dieser Meldung den Vorschlag machen, den Ankauf des ganzen Auslandsgetreides zu monopolisieren, dafür aber das gesamte Inlandsgetreide freizugeben, weil der Handel am besten imstande sei, das von den Landwirten zurückgehaltene Getreide auf den Markt zu bringen. Dieser Plan ist ebenso wahnhaft wie verbrecherisch. Jedermann weiß, daß das Getreide dann von den Händlern im Preise zu unzulässiger Höhe hinaufgetrieben würde, daß die Besitzenden sich Sammelkäufe von Mehl anlegen würden, daß die ärmere Bevölkerung geradezu dem Hungertode ausgeliefert würde.

Über die unerfüllbaren Ansprüche fordern bekanntlich unbedünnt um die Not des Volkes auch die Freigabe des Getreides, und was Hermes befehlt, das führt Hermes gehoramt aus. Ob aber die bürgerlichen Parteien es wirklich wagen werden, diese Katastrophenspolitik mitzumachen? Sie sollen sich ernstlich überlegen, ob sie die Verantwortung für die entsetzlichen Folgen einer solchen Ansehungsungspolitik gegen das Proletariat, gegen alle, die von ihrer Hände- und ihrer Geistesarbeit leben, tragen wollen! Auf ihr Haupt läge das volle Maß der schwersten Schuld!

Die Erfüllung des Kohlenabkommens durch Transportschwierigkeiten gefährdet.

Berlin, 27. November. (W. T. B.) In der Ablieferung der Wiedergutmachungskohle sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Rheinwasserstand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt, daß die Verladungen nach dem Oberrhein ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige Oberrheinhäfen ganz ausgeschaltet, andere in ihren Leistungen außerordentlich gesunken. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, mußten die bisher auf dem Wasser liegenden Wiedergutmachungstransporte zu einem großen Teil auf die Eisenbahn umgelegt werden. Empfindlichen Wagenmangel und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Süddeutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententeforderungen zu befriedigen, stoßen dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belgischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Bahnfrachten gar nicht in der Lage sind. Alle Vorstellungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiedergutmachungskohle, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seeschiffe geliefert werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich ausreichende Mengen französischer Wagenmaterial zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohle besetzte Wagen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen sind auch nicht annähernd ausgeglichen durch Zurverfügungstellung einer entsprechenden Zahl fremder Wagen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die zwei-Millionen-Tonnenlieferung mit einem Fehlbetrag abschließt.

Loslösungsbestrebungen in Karpathen-Rußland.

U. Prag, 29. November. Laut einer Karamer Meldung der Prager Tribüne organisiert sich in Debreczin ein Detachement, das nach dem Beispiel d'Annunzios und Zeligowskis eine Expedition in Karpathen-Rußland durchzuführen beabsichtigt. In vielen arden Städten Karpathen-Rußlands werden Putschvorbereitungen, welche die Invasion erleichtern sollen. Die Aktion wird mit Unterstützung polnischer und ungarischer Militärkräfte durchgeführt und soll die Loslösung der Karpathen von Rußland ermöglichen.

Belgisches Kriegsmaterial für Polen.

Berlin, 29. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Berichterstatter des Lokalanzeigers meldet aus Brüssel: Die belgische Regierung hat mit Polen einen Lieferungsvertrag abgeschlossen, demzufolge Belgien bedeutende Mengen an Kriegsmaterial nach Polen abgibt, das ohne Schwierigkeiten nach Polen transportiert werden könnte, da der Kriegszustand zwischen Polen und Rußland beendet ist.

Der Bürgerrat als Spitzelzentrale und Putschorganisations.

In Elberfeld hat das Organ unserer Partei, die Volkstribüne, eine große Spitzelzentrale aufgedeckt. Der Elberfelder Bürgerrat steht in engster Verbindung mit der Orgeß, der Watter-Kamarilla in Münster und den reaktionären Offizieren der Reichswehr und der Sipo. Für sein Blatt, den Bürgervorwärt, hat er einen Journalisten engagiert, der auch gegen gute Bezahlung Spitzeldienste zu leisten beauftragt wurde. Er erhielt einen Ausweis als Kriminalwachmeister der Sicherheitspolizei (1), durch einen zweiten Ausweis wurde er vor Verhaftungen geschützt (2), wenn er bei Einbrüchen (3) im Interesse des Bürgerrats erwirbt werden sollte. Er erhielt nämlich u. a. den Auftrag, die Papiere seines Logiswirts, eines Syndikalkisten, zu entwenden. Angeblich schändete der Bürgerrat nach schwarzen Listen der Kommunisten. Er beschäftigte insgesamt 150 Agenten, davon 50 bis 60 in Elberfeld-Barmen. Von diesen sind 15 bis 20 Ausgestellte der Sicherheitspolizei! Eine Gesellin, auf der zumeist bekannte Arbeiterführer stehen, ist für den kommenden Rechtsputsch aufgestellt.

Der Chefagent des Bürgerrats heißt Jung; er ist in der R. A. P. D. organisiert, gehörte aber auch der U. S. P. an und hatte die Aufgabe zu erfüllen, bei der Spaltung der Partei kräftig mitzuwirken.

Der Bürgerrat hat auch seinerzeit den Putsch in Belpert organisiert. Der Spitzel Telfer, Mitglied der R. A. P. D., bekam dafür vom Bürgerrat 2500 M. Auch der Vorsitzende der R. A. P. Stendebach, stand im Dienste der Bürgerrats und unterhielt außerdem Beziehungen zur Orgeß. Vor kurzem ist er geflüchtet und aus der R. A. P. D. ausgeschlossen worden. Die Spitzel erhielten außer festem Gehalt noch Spesen, so daß sich ihre Gesamtbezüge auf etwa 3000 M. im Monat belaufen.

Das ist ein Bürgerrat. Aber sie sind alle gleich. Der Berliner Bürgerrat ist mindestens ebenso „tüchtig“ wie sein Elberfelder Kollege.

Der Berliner Bürgerrat hat, wie jetzt im Prinz-Prozess festgestellt worden ist, unter dem Siegel der Verschwiegenheit der Berliner Kommandantur große Geldsummen zur Verfügung gestellt. Diesem Fonds sind anscheinend die Summen entnommen, die für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgelobt wurden. Der Berliner Bürgerrat hat aber nicht nur Geld für Mordzwecke gegeben, er hat auch durch Flugblätter zum mindesten indirekt zur „Unschändlichmachung“ Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs aufgefordert. Derartige Flugblätter sind in den Dezember- und Januar Tagen massenhaft in allen Straßen Berlins verbreitet worden. Die Freiheit erinnert daran, daß sie am Montag, dem 30. Dezember 1919, über ein solches Machwerk berichtet hat. Es hieß darin u. a.: „Wollt ihr Freiheit, dann macht die bewaffneten Angehörigen Liebknechts ungeschändlich. Und wenn ihr einig seid, reißt die ganze Gesellschaft aus!“ Dieses Flugblatt trug bezeichnender Weise keine Unterschrift und keine Druckfirma. Die Freiheit hat damals festgestellt, und zwar in der obliquen Druckerel, wo das Machwerk hergestellt wurde, selbst, daß der Bürgerrat Groß-Berlins der Auftraggeber war.

Das sind zwei Bürgerräte, aber diesen beiden werden die anderen in den verschiedenen Städten des Reiches, wird der in Leipzig gleichen, wie ein faules Ei dem anderen. Wonach man die faulsten Versicherungen dieser verkappten Kappisten beurteilen mag, daß sie nicht zum Bürgerkrieg gehen!

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 28. November. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, daß gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Um den Angelegenheiten zu entgehen, die die Zureille von vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirks Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnten, seien zwei Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden nicht an dem gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach dem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden auch außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der Besetzungzone, etwa in Köln, abstimmen. In dieser Lösung bemerkt der Berichterstatter der Agence Havas, sie stelle die Freiheit des Abstimmungsrechts und gleichzeitig die Aufrichterhaltung der Ordnung sicher. Es sei beschlossene worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Würde er abgelehnt, so werde man die andere Lösung zur Anwendung bringen.

Katowitz, 27. November. Der deutsche Wechseltommis Dr. Ubrant hat an die interalliierte Kommission in Opatowitz den Antrag gerichtet, den polnischen Abstimmungsminister Wojcicki Korsantow aus dem Abstimmungsgebiet auszuweisen.

Teuerungsunruhen in Madrid.

U. Basel, 29. November. Aus Madrid wird gemeldet: Infolge von Teuerungsunruhen und der einsetzenden Teuerung ist es hier zu Unruhen gekommen. Die Polizei schritt ein, wobei zahlreiche Personen verwundet und verhaftet wurden.

Rheinische Stahlwerke.

B. A. Die guten Ergebnisse des Geschäftsjahres 1919, die in fast allen Industrien zu verzeichnen sind und in einem kräftigen Gegensatz zu der Verelendung der Arbeiterschaft und dem heftigen Widerstand gegen jede Lohnaufbesserung stehen, werden in den letzten Wochen ergänzt durch eine Reihe neuer Abschlässe der Montanindustrie, die in den letzten Jahren kaum fahbare Gewinne zu verzeichnen hat. Aus der Fülle der glänzenden Bilanzan, die in rascher Aufeinanderfolge publiziert worden sind, wollen wir heute nur eine einzelne herausgreifen, um an ihr die Entwicklung innerhalb der Schwerindustrie einmal kurz zu beleuchten. Es handelt sich bei diesem typischen Beispiel um die Gewinn- und Verlustrechnung und den bilanzmäßigen Abschluß der Rheinischen Stahlwerke Duisburg.

Die Rheinischen Stahlwerke, deren beabsichtigte engere Verbindung mit dem großen Montanwerk Phoenix vor kurzer Zeit die Öffentlichkeit beschäftigte, haben seit dem Jahre 1914 verschiedene Erhöhungen des Aktienkapitals vorgenommen. Von 48 Millionen 1914 ging man 1915 auf 48, 1916 auf 60 und 1919 auf 65 Millionen Mark hinauf. Es hat also, gemessen an der Entwertung des Geldes und den dadurch eingetretenen Erfordernissen an erhöhtem Betriebskapital, keine sehr beträchtliche Vermehrung des Aktienkapitals stattgefunden. Dagegen hat der Betriebsgewinn folgende Entwicklung inzwischen durchgemacht: Im ersten Kriegsjahre belief er sich auf den verhältnismäßig bescheidenen Betrag von fast 7 Millionen Mark, es wurde eine Dividende von 8 v. H. verteilt. Die gute Konjunktur der Durchlaufjahre bewirkte, daß 1915/16 bereits eine Erhöhung des Betriebsgewinns auf über 12 Millionen und eine Steigerung der Dividende auf 10 Prozent eingetreten war. Die Jahre des Hindenburg-Programms 1916/18 brachten je etwa 23 Millionen Mark Ueberfluß und eine Ausschüttung von 12 1/2 v. H. Beträchtliche Summen wurden für Abschreibungen zurückgestellt, ganz abgesehen von den bereits vorher geschaffenen stillen Reserven. Das Revolutionsjahr 1918/19 brachte auch bei den Rheinischen Stahlwerken einen bedeutenden Rückschlag, der Betriebsgewinn sank auf etwa acht Millionen, blieb also selbst in dieser Periode schwerster Erschütterung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse noch über dem Stand von 1914, wobei allerdings zu bemerken ist, daß die Veränderung des Geldwertes in einem gewissen Umfange Berücksichtigung verdient.

Sinkende Produktion, Streiks, Verkehrs- hemmnungen, Störungen der Erzeugung, Verzögerung der Arbeitsleistung sind nach dem Geschäftsbericht der Stahlwerke das Kennzeichen des Jahres 1919/20 gewesen, und wer sollte nicht angesichts einer derartigen Situation eine scharfe Senkung der Gewinnziffer, ein Verlustergebnis von katastrophalem Ausmaß erwarten? Aber weit gefehlt. Wie Sohn und Spott klagen die vorhergehenden Worte, wenn man sich vor Augen führt, daß trotz dieser Zerrüttung der Produktion ein Betriebsgewinn von nicht weniger als 50 Millionen Mark ausgewiesen wird, das sind 80 vom Hundert des gesamten, in den Betrieben arbeitenden Aktienkapitals. Betrachtet man sich aber die einzelnen Angaben etwas näher, dann wird es ohne weiteres klar, daß auf jeden Fall bei der Bewertung der Warenbestände, Rohstoffe, Anlagen usw. eine so weitgehende Vorsicht gewaltet hat, daß man gewiß nicht fehl geht in der Annahme, in Wirklichkeit ist der Betriebsgewinn noch viel größer gewesen, als es selbst nach diesen gewaltigen Bilanzziffern den Anschein hat.

Um einen Vergleich über die produktive Leistung des Werkes zu geben, aus der sich erst die volle Bedeutung dieser Rekordgewinnziffern ermessen läßt, wolle ich darauf hin, daß im Jahre 1918/19 fast 650 000 Tonnen Roheisen erzeugt wurden, im Jahre 1919/20 jedoch nur 350 000 Tonnen. Die Rohestahlherstellung ist von annähernd 700 000 Tonnen auf 466 000 zurückgegangen. Es hat also eine Verminderung der Eisenproduktion auf etwa 60 Prozent der Friedensproduktion stattgefunden, während der Betriebsgewinn auf das um 19 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital um nicht weniger als 70 Prozent gestiegen ist. Wer angesichts dieser Ziffern noch etwas von einem Ausgleich durch die eingetretene Geldentwertung zu sagen wagt, soll sich einmal vor Augen führen, was es heißt, daß ein Großunternehmen, dessen Erzeugung unter lauter Faktoren schwerwiegendster Art, wie es selbst ausdrücklich mitteilt, gestiegen hat, eine Gewinnsteigerung derartigen Ausmaßes verzeichnen kann!

Wenn man den Ursachen dieser riesigen Gewinne nachspürt, dann ist es ohne weiteres klar, daß sie in den ständigen bescheidenen Preiserhöhungen zu suchen sind, die von dem Selbstverwaltungsrat der Eisenindustrie und seinem Nachfolger, dem Eisenwirtschaftsbund, unter Billigung der Regierung vorgenommen worden sind. Trotz eindringlichster Warnungen, die nicht nur von der sozialistischen Presse, sondern

auch von einer Reihe bürgerlicher Organe fortgesetzt gegenüber dieser Preispolitik erhoben wurden, hat sich die Regierung Bauer-Schmidt immer wieder von den Berechnungen der Eisenmagnaten täuschen und sich einreden lassen, daß die steigenden Löhne und Anstöße derartige Preisaufläufe rechtfertigten. Leider muß gesagt werden, daß die Arbeitervertreter in diesen arbeitsgemeinschaftlichen Organisationen selbst für diese Preissteigerungen mit eingetreten sind, weil sie sich von dem Gedanken der Solidarität mit den kapitalistischen Unternehmern ihrer Industrie leiten ließen, anstatt sich konsequent und klar auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen und die Interessen der Allgemeinheit unbeliebt um alle Drohungen und Lockungen des Kapitals zu vertreten.

So kam es, daß die Eisenpreise und die Notierungen für Halbzeug und alle Erzeugnisse der Schwerindustrie derart stürzisch in die Höhe gingen, daß die gesamte Wirtschaft in einen dauernden Ausnahmezustand versetzt und die Senkung des Geldwertes gefördert wurde. An der Entwertung der Reichsmark hat die deutsche Montanindustrie und ihre rückfälligen durchgeführte Preispolitik einen gemessenen Anteil und es muß immer wieder darauf verwiesen werden, wie hier ohne Bedenken jedes nationale Wirtschaftsinteresse preisgegeben wurde um der Steigerung der eigenen Profite und der eigenen politischen und ökonomischen Macht willen. Die Erhöhung der Eisenpreise vom Juli 1914 bis zum April 1920 hat im Durchschnitt nicht weniger als 3000 bis 4000 Prozent betragen. Hiemit ist z. B. in dieser Zeit von 77.50 Mk. auf 2338 Mk., Stabstahl von 86 auf 3650 Mk. gestiegen. Aus diesen maßlosen Preissteigerungen haben sich die Preisgewinne ergeben, mit denen die Werke jetzt aufwarten, die sie befähigen, in größtem Umfange andre Unternehmen aufzukaufen und mit dem eigenen Interessenzentrum zu verbinden.

Aus der Not des gesamten Volkes, aus dem Mangel an Gütern sind die Profite entstanden, die Woche für Woche in allen Zeitungen veröffentlicht werden. Solange der Besitz an den Produktionsmitteln Vorrecht einer kleinen, mächtigen Klasse innerhalb der Gesellschaft bleibt, kann an den Ursachen und Wirkungen dieses kapitalistischen Systems keine grundlegende Veränderung vorgenommen werden. Nur der entschlossene Kampf des gesamten Proletariats um die Eringung der politischen Macht und die Durchführung der Sozialisierung kann uns aus diesen Verhältnissen herausführen. Das Ringen um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, der Schlüsselindustrie unserer gesamten Wirtschaft, kann uns dem erstrebten Ziele um einen gewaltigen Schritt näher bringen, und es ist daher dringend notwendig, daß die Energie der arbeitenden Klasse für diesen Kampf voll eingesetzt wird.

Das Ende der Streikdebatte im Reichstag.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Bei der Rede des Neukommunisten Malgahn in der heutigen Fortsetzung der Interpellationsdebatte über den Berliner Elektrizitätsstreik zeigte sich, wie unglücklich die gesamte politische Position einer Partei durch die Maßnahmen putschförmiger Elemente und unverantwortlicher Streikmacher wird. Malgahn versuchte in längeren Ausführungen den Streik zu rechtfertigen. Aber als er selber das Gefühl hatte, daß ihm die Rechtfertigung nicht gelang, versiegte er sich zu dem Satz, daß die Neukommunisten stets alle Streiks, von welcher Seite sie immer kommen würden und alle Maßnahmen der Arbeiterkraft, wie immer sie auszuweisen werden, rückfälliges und brutal untertäniges und vertretendes. Dahin also wird die Politik der Kommunisten und Neukommunisten treiben.

Mit der Rede des Neukommunisten war die erste Rednerperiode beendet. Da die Deutschnationalen glaubten, nicht darauf verzichten zu können, einen zweiten Redner in dem sogenannten Arbeitersekretär Lambach vorzuschicken, der nicht das geringste Neue zu sagen wußte, dagegen in seiner Rede von Neuem bewies, wieviel Mut die Reaktion nach diesem mihlungenen Streik geschöpft hat, so waren auch unsere Genossen genötigt, noch einen Redner vorzuschicken. Der Genosse Mosek entledigte sich in vorzüglicher Weise der Aufgabe, nachzuweisen, daß die Phrase von der sozialen Veröhnung, mit der man die gegenwärtigen Kämpfe zu unterbinden versuche, nichts anderes als eine schwere Heuchelei sei. Er wies darauf hin, wie man diese soziale Veröhnung betreibt, indem man die ungeheuerlichsten Lügen über die Folgen des Streiks verbreitet. Er machte kein Hehl daraus, daß unsere Partei den Streik verurteilt, aber noch schärfer verurteilt sie das Verhalten der bürgerlichen Presse, die von Hunderten von sterbenden Säuglingen spricht, während nachgewiesen ist, daß nicht ein einziger Säugling infolge des Streiks zugrunde gegangen ist und daß auch für die Kranken in den Krankenhäusern sich keine irgendwie ernsthaften Nachteile aus dem Streik ergeben haben. Da auch der Minister Koch die Behauptung aufgestellt hatte, daß durch den Streik in einem Krankenhaus Todesfälle eingetreten seien, so forderte Genosse Mosek den Minister mit erhöhter Stimme auf, den Beweis für seine Behauptung anzutreten. Der Minister, der nicht im Hause war, wurde durch den Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Oberst Günther, vertreten. Aber auch dieser fand seltsamer Weise nicht den Mut, zu bekennen, daß die Behauptung des Ministers eine leichfertige gewesen sei und daß er den Beweis dafür nicht erbringen könne.

Die unergänzliche Streikdebatte, die während ihres ganzen Verlaufes die Stärkung der Reaktion als die Folge unbesonnenen politischer Experimente der äußersten Linken gezeigt hatte, nahm damit ihr Ende. Da nur noch wenige Abgeordnete im Hause waren, verschob der Präsident die Abstimmung auf Dienstag.

Das Ultimatum Sinowjews an die französischen Sozialisten.

Der Populaire vom 18. November brachte aus dem Briefe Sinowjews „An die französischen Arbeiter“, der von charakteristischer Brutalität ist, und den man bisher den Franzosen vorenthalten, unter andern folgende Stelle:

„Der Sozialist, der sich heute gegen die 3. Internationale entscheidet, wird morgen gezwungen sein, gegen Sowjetrußland zu marschieren. Das hat das Beispiel der deutschen Unabhängigen gezeigt. Unsere französischen Genossen müssen jetzt die Gruppe Longuet an die Mauer stellen und sie zwingen, sich auszupressen, ob sie in Frankreich daselbst wie Silberling, Crispin und Dittmann in Deutschland tun wollen, ob sie sich der Entscheidung der Mehrheit nicht unterwerfen und eine neue Partei gründen wollen.

Man muß Sinowjew und seinen Anhängern die Pistole auf die Brust setzen und eine Antwort auf diese Frage verlangen, und nur, wenn sie erklärt haben, daß sie die Thesen und Bedingungen der kommunistischen Internationale annehmen und gewissenhaft ausführen wollen, soll die endgültige Entscheidung getroffen werden.“

Darauf zitiert das Blatt einen Brief Frostards an Longuet, worin dieser in wüthiger, aber allzu oberflächlicher Weise Longuets schwere Bedenken gegen diese brutale „russische“ Art der Verhandlungen niederzuschlagen versucht. Longuet antwortet ihm:

„Unser Genosse Frostard ist sehr geistreich, aber mir verfehlt das Rätheln. Wenn es mir genügt, die Augen zu öffnen, die Trümmer zu sehen, die schon im ganzen sozialistischen Europa diese Methode aufgerichtet hat, eine Methode, von der Sinowjew Pistole nur ein Symbol ist.“

Es genügt mir z. B., die beklagener Lage des renouveau-ären Sozialismus in Deutschland nach dem Kongreß in Halle zu beobachten, an die Wahlen in Sachsen zu denken, wo wir, drei Monate nach dem glänzenden Siege der Unabhängigen, der Festigung ihrer Partei zusehen müssen, mit dem Verluste von beinahe der Hälfte ihrer Sitze. — Die übrigen im Verhältnis von 80 Prozent bei der sogenannten „Rechten“ verblieben sind —, wo die Mehrheitssozialisten Tausende von Stimmen zurückgewannen.“

Das alles zeigt mir, daß die Pistole Sinowjews nicht leer (wie Frostard meint), sondern scharf geladen ist. Mit jedem Schuß schlägt er ein gut Teil mehr von der sozialistischen Macht in Europa nieder.

* Genosse Longuet sieht hier die Folgen des Moskauer Verbrechens zu schwarz — von einer Zerstörung der U.S.P. ist nicht die Rede und ebenso trifft das vermeintliche Wachstum der Rechtssozialisten nicht zu — aber seine Schlüsse sind deswegen nicht weniger richtig. Red. d. V. V.

Nochmals Orgeß und sächsische Regierung.

Die sächsische Regierung schwieg auf unsere Anfrage, wie sie zur Orgeß steht und was sie auf die Behauptungen der Dresdner Ordnungsbüchler zu sagen hat, daß ihr Vertreter in der Dresdner Orgeß-Versammlung in dieser Hinsicht bedenkliche Äußerungen getan hat. Wir haben inzwischen aus den Dresdner Nachrichten festgestellt, daß dieser Regierungsvertreter der bekannte Wirtschauer Robert Albert gewesen ist, der seit Langem seine einzige Aufgabe in der Bekämpfung der sozialistischen Linken gesehen hat und dessen Wünsche sicherlich in der Richtung gehen, wie sie die Ordnungspresse aus seinen Worten herausgehört hat. Albert ist einer der Tüftler in jener Richtung der Rechtssozialisten, die auf den Anstoß nach rechts hinarbeitet und der ein Zusammenarbeiten mit der unabhängigen Sozialdemokratie in den Tod verhängt ist. Herrn Albert ist deswegen durchaus anzutragen, daß er, wie die Dresdner Nachrichten behaupten, in jener Versammlung erklärt hat, daß „bei der Regierung Verständnis für die Bestrebungen Orgeß geschaffen worden sei“. Uebrigens hat sich das Leipziger Tageblatt in seiner Sonntagsummer auch endlich dazu aufgerafft, zu unseren Veröffentlichungen das Wort zu ergreifen. Es behauptet, daß sein Bericht „in jeder Beziehung den Verlauf der Versammlung richtig wiedergibt“. Wir haben, wie gesagt, Anlaß genug, diese Versicherung für richtig zu halten. Indes legen wir heute nicht mehr so großen Wert auf die Sache, da die Chemnitzer Volkstimme in ihrer Sonnabend-Nummer mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu erkennen gibt, daß die Chemnitzer Richtung der Rechtssozialisten mit aller Energie einer etwaigen Reue, Dresdner rechtssozialistischer Stellen, das Verhältnis zur Orgeß zu revidieren, ganz entschieden entgegenzusetzen werden. Auch die hiesige Kreise-Presse scheint diesen Standpunkt zu teilen, wenigstens, sie sich etwas deutlicher schon ausdrücken könnte. Die Dresdner Volkszeitung hält sich nach wie vor in knaustmännlichen Schwelgen. Ein Beweis, wie unangenehm der Richtung Albert die Aufhebung der Orgeß ist.

Der Sinn der griechischen Wahlen.

Der Wpanti zu Rom brachte kürzlich über dieses Thema einen Artikel, aus dem die folgenden Stellen wiedergegeben seien: Die gelbe italienische Presse und noch mehr die französische und englische, verächtlichen dem Publikum täglich, daß der Kreier (Venizelos) der Held ganz Griechenlands sei; daß die politischen Wahlen seinen Triumph besiegelten hätten, daß die Popularität Venizelos' sich in der der Entente widerspiegelte, die in allen Ländern und Inseln Hellas geliebt und verehrt würde. Wie hätte es auch anders sein können, da doch die Griechen dem Venizelos das Glück und den Ruhm verdanken, die Ausdehnung des Reiches und seine Bevölkerung um die Hälfte vermehrt zu haben. Aus einem Ländchen dritter Ordnung hat der Diktator, wenn auch nicht eine Großmacht, so doch eine Macht von beträchtlicher territorialer und moralischer Bedeutung geschaffen; er hat das Regale Meer in ein griechisches verwandelt, er hat dem Orientum Adrianonel, Thrasien und den Dobekanes und die asiatische Küste mit Smyrna zurückerobert, hat selbst Konstantinopel von allen Seiten mit griechischen Besatzungen umstellt und so seine Eroberung vorbereitet, hat fast reiflos die Idee des Großen Griechenlands verwirklicht, das Maximalprogramm des griechischen Imperialismus. Diesen Mann, der „so viel für sein Land getan“, hat man wie einen schlechten Diener daonengelagt. Dieses Ereignis ist wieder ein Beweis des neuen Geistes, der die modernen Völker befeuert.

Im Volksbewußtsein ist die ethische Bewertung ganz einfach auf den Kopf gestellt. Einmal sah es Glückseligkeit und Ruhm in Gebietseroberungen und militärischen Erfolgen, heute in der Freiheit und Arbeit. Im Griechenland große und volkreiche Provinzen zu schaffen, mußte Venizelos jahrelang die Jugend unter Waffen halten, mußte mit griechischem Blute Mazedonien und Asten bilingen. Und das griechische Volk fand die Eroberungen mit der Diktatur und dem Blut zu teuer erkauft. Es geht vor, in einem kleinen Griechenland zu leben und zu gedeihen, als auf seine elementarsten Rechte zu verzichten. Wenn es auch vor einer vorübergehenden Krise von Rednern heimgesucht wird, die ihm den Kriegsrühm der alten Eroberer in die Ohren schreien, die ihm die Schönheiten des Krieges preisen, geht sein ganzer Ehrgeiz auf Frieden.

Die zwei griechischen Parteien, die sich bei den Wahlen des 4. November um die Macht stritten, sind beide Feinde des Proletariats, und wir empfinden deshalb für beide die gleiche Abneigung. Der Minister, der Venizelos folgt, kann nichts weiter als ein Diener der hellenischen Bourgeoisie sein und wird das Wert der Bedrückung und Ausbeutung der Arbeiter fortsetzen. Ob der zukünftige Herrscher Paolo oder Giorgio heißt, wir wünschen, daß die erwachenden Kräfte des Proletariats ihm die Regierung beschränken und abkürzen werden. Aber das kann uns nicht hindern, anzuerkennen, daß der Geistliche von heute den Willen der Griechen verewaltigt hat, während seine Gegner diesen respektierten, als er 1913 dem widerstrebenden Griechenland den Krieg aufzwang; der König, das Heer, das Volk wollten nicht ins Feld. Die Nachrichten, die schon seit einem Jahre von den Schlachtfeldern und aus den Hauptteilen der kriegsführenden Staaten eintrafen, zeigten, welche ungeheuren Opfer an Gut und Blut die Teilnahme am Weltkriege forderte. Dem imperialistischen Geiste abgeneigt, wünschten die Griechen, die Neutralität zu wahren. Da ließ sich Venizelos von der Entente, der Herrin der Meere um Griechenland und infolgedessen auch seiner ökonomischen Existenz, Vollmacht geben und führte das verewaltigte Volk in den Abgrund des Krieges.

Indem die Entente Griechenland zwang, sich für sie zu schlagen, beging sie ein viel schwereres Verbrechen, als das, welches sie Deutschland so oft in bezug auf Belgien vorgeworfen, weil

Deutschland nur forderte, daß Belgien seine Truppen durchziehen lasse, aber nie daran dachte, es zu zwingen, an seiner Seite die Kämpfe, während die Entente, nicht zufrieden, sich der griechischen Säfen und Gewässer als seines Eigentums zu bedienen, Griechenland auch noch zwang, für sie die Waffen zu ergreifen. Selbstverständlich entrißten sich alle „Demokraten“ der Allen und Neuen Welt über die deutsche Inmischung, aber sie hielten den englisch-französischen Übergriff für erlaubt. Im übrigen bestätigt die Antwort, die das Volk jetzt gegeben hat, daß es den Krieg nicht wollte, und daß es dem Manne, der ihn herbeiführte, nicht verzeiht. Sein Ausgang rechtfertigt nicht die Schuld, ihn dem widerstrebenden Volke aufzuzwingen zu haben.

Die Völker der Gegenwart verdammen jede blutige Eroberung und haben, da sie im Kriege das größte Uebel sehen, für die Kriegsmacher, auch wenn sie siegreich sind, nicht mehr den Vorzug Roms bereit, sondern das Scharengericht Athens.

Englands Stellung zur griechischen Frage.

Wie der Londoner Berichterstatter des Echo de Paris meldet, hat Curzon der französischen Delegation eine Note überreicht, in der die englische Auffassung der griechischen Angelegenheit und der Orientfrage dargelegt wird. Sie geht dahin, daß die Türkei das Verlorene nicht wiedererlangen dürfe, und daß für die alliierten Mächte eine Sicherheit darin gesucht werden müsse, daß die Personen, die mit der Politik Konstantins in den engsten Beziehungen gestanden hätten, wie Dusanis, Metagas und Papulos von der Regierung ferngehalten würden, außerdem sei erforderlich, daß eine finanzielle und politische Kontrolle über die griechische Regierung ausgeübt werde. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wolle Lord George den griechischen Ministerpräsidenten Kallias nach London kommen lassen. Das englische Memorandum soll am Montag besprochen werden. Wie der Berichterstatter des Echo de Paris erklärt, verstehe es sich von selbst, daß Frankreich nicht vorherein seinen Widerspruch gegen Curzons Ausführungen festgelegt habe.

Die griechische Regierung hat den Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens sowie dem Vertreter Russlands gegenüber erklärt, sie werde in ihren Beziehungen zu den Großmächten der Entente sich auf Wahrung der engen Zusammengehörigkeit, die eine Folge der gemeinsamen Interessen dieser Staaten und des griechischen Staates sei, zur Richtschnur nehmen und den Verpflichtungen vollständig nachkommen, die das vorige Kabinett den Großmächten gegenüber übernommen habe.

Im das griechische Volk hat die Regierung eine Postkarte gerichtet, in der es u. a. heißt: Durch die Wahl am 14. November hat das griechische Volk für seinen Willen in der Dynastiefrage fundamente, welche von denen aufgeworfen wurde, die das Volk durch seine Stimmzettel zurückwies. Es hat durch die Wahl aus der Regierung diejenigen ausgewezt, die dem König Konstantin sein Recht auf den griechischen Thron bestritten. Die Umstände, unter denen der König das Land verlassen mußte, machen es notwendig, auch über die Rückkehr des Königs durch einen Volksentscheid zu bestimmen. Für den 5. Dezember wird das Volk zu den Wahlen zu rufen, um durch geheime Abstimmung die Regierung zu beauftragen, dem König die Bitte zu unterbreiten, in sein Land zurückzukehren, und dort sein hohes Amt auszuüben. — Nach einer Havas-Meldung aus Rom wird sich König Konstantin in Venedig einschiffen, um nach Athen zu fahren, wo er am Montag erwartet wird. — Aus Smyrna wird gemeldet, daß dort britische und italienische Torpedoboote angekommen sind. Auch amerikanische und französische Kriegsschiffe werden erwartet.

Der Völkerbunds-Kongreß.

Genf, 28. November. (Schweiz. Dep. Agentur.) Die beratende Kommission des Völkerbunds für die militärischen Schiffsfrage, Schiffs- und Luftschiffsfrage hat ihre sämtlichen Unterkommissionen mit der Prüfung der Frage der für die Sicherung des freien Verkehrs im Hafen von Danzig und für die Verwirklichung der freien Stadt notwendigen Schritte beauftragt. Sie hat ferner eine Entscheidung angenommen, durch die die Vereinigten Staaten eingeladen werden, sich offiziell an der Prüfung der Abklärung zu beteiligen. In der 1. Kommission brachte Lloyd (Schweiz) eine Resolution ein, die, gestützt auf die Vorschläge der Brüsseler Finanzkonferenz, die Schaffung einer ständigen Wirtschaftsausschusses und Finanzkommission verlangt, deren Aufgabe u. a. die Vorbereitung der für 1921 in Genf vorgesehenen zweiten Finanzkonferenz wäre.

Die helke Abrüstungsfrage.

Genf, 27. November. Die zur Erörterung der Abrüstungsfrage eingesezte Kommission nahm zwei Vorschläge an: einen von Lord Cecil, betreffend Einsetzung einer Unterkommission und Beschränkung der Beratungen auf folgende 3 Punkte: Private Herstellung von Waffen, Mühllichkeit der Erennung einer besonderen Untersuchungskommission und Schaffung einer besonderen Abrüstungskommission beim Generalsekretariat des Völkerbundes; einen zweiten Antrag von Silber-England, der den Präsidenten Branding beauftragt, die Mitglieder der Untersuchungskommission zu ernennen. Die Kommission will ihre nächste Sitzung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, der Woche für a e widmen.

Gren für die Aufnahme Deutschlands.

In einer in Liverpool gehaltenen Rede trat der vormalige Minister des Äußern Gren für die Aufnahme der vormaligen Feindlichen Staaten in den Völkerbund ein. Er sagte, wenn der Völkerbund nicht die Unterstützung aller großen Mächte erhalte, so werde er nur ein Gegenband sein und das alte System der Allianzen darstellen. Gren erklärte weiter, seiner Ansicht nach sei Deutschland viel ungefährlicher im Bund als außerhalb des Bundes. Wenn es den großen Grundha annehme, Streitfragen mit andern Mitteln beizulegen als durch Krieg, und die Verträge durchführe, so müsse die Tür für Deutschland geöffnet werden.

Ueber den allgemeinen Einbruch, den die Verhandlungen der Völkerbundstagung machen, wird aus Genf berichtet:

Immer deutlicher tritt in die Erscheinung, daß die Beratungen weniger einen passivistischen und internationalen, als einen politischen Charakter haben. Das galt bereits bei der Verhandlung der armenischen Frage, den Gegensätzen zwischen Balfours und Vivianis humanitären Vorschlägen und zum Teile dem durch Griechenland Schwankung aufgeworfenen Problem des Vertrages von Sevres. Ebenso wird die Debatte über die Aufnahme der Oststaaten in der fünften Kommission von der jeweiligen Russlandpolitik der betreffenden Großmacht beherrscht. Die Frage der Aufnahme Oesterreichs wird von den Franzosen unter dem Gesichtspunkte des noch zu verhandelnden Anschlusses an Deutschland und auch von den anderen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie ebenfalls unter national-politischen Gesichtspunkten aufgefacht. — Wehnliche Feststellungen sind bei anderen Verhandlungsgegenständen zu machen. Sie bekräftigen die Auffassung, daß vorläufig trotz der Anstrengungen einzelner Delegierter auch die Genfer Völkerbundspolitik zum Teil Großmachtpolitik mit andern Mitteln ist, und sie erklären auch, warum die öffentlichen Verhandlungen so unfruchtbar sind.

Ein neuer Völkerbund?

London, 27. November. In einer Reuters-Meldung aus New York wird berichtet, daß Harding die Absicht habe, sofort nach der Erklärung des Friedenszustandes Verhandlungen über die Erziehung eines neuen Völkerbundes zu eröffnen.

Der Parteitag der tschecho-slowakischen Sozialdemokratie.

Prag, 27. November. (W.B.) Heute wurde hier der dritte Kongress der tschecho-slowakischen Sozialdemokratischen Partei eröffnet. Es sind nur Delegierte eingeladen, die sich ausdrücklich schriftlich gegen die Bedingungen der dritten Internationale verpflichtet haben. Unter den fremden Gästen des Kongresses sind zu nennen: Hermann Müller-Berlin, Vandeveld und Dussmans, Cramp, Sekretär der Föderation der englischen Eisenbahner, sowie Vertreter der deutschen, polnischen und russischen Sozialdemokratie in der tschecho-slowakischen Republik, Vertreter der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei, sowie Vertreter der russischen sozialrevolutionären Partei.

Die Verhandlungen wurden durch den Vorsitzenden des Vollauswahlschusses der Partei, Anton Klemec, eröffnet. Als erster Redner sprach der belgische Sozialist Kanderla. Er wies in seiner Begrüßungsrede, daß er mit Hermann Müller zum letzten Male in Belgien zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammengetroffen sei. Damals sei zwischen ihm und Hermann Müller ein Abbruch gewesen. Trotzdem hätten aber die deutschen und die belgischen Sozialdemokraten die Beziehungen in Gent wieder angeknüpft, da sie von dem gemeinsamen Willen, die Internationale zu erneuern und der Welt den Frieden zu geben, durchdrungen seien. Der Vertreter der Labour-Partei, Cramp, der englisch sprach, erklärte, obwohl die englische Arbeiterbewegung die russische Methode nicht annehme, werde sie es nicht dulden, daß sich irgend jemand in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischt. Von starkem Beifall begrüßt sprach dann der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete Hermann Müller. Lebhafter und andauernder Beifall erhob sich, als Müller mit den Worten schloß, daß die tschecho-slowakische und die tschecho-deutsche Sozialdemokratie das gemeinsame Ziel vereine, das sie im Arm anstreben wollten. Nach Hermann Müller sprach dann der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten in der tschecho-slowakischen Republik, Dr. Heller. Abgesehen von der tschecho-slowakischen Sozialdemokratie, die sich der Sozialismus mit Terror nicht aufdrängen lasse, sondern sein Ziel nur auf der Linie ruhiger Entwicklung zu erreichen vermöge. Darauf begannen die einzelnen Verhandlungen.

Bundesratswahlen in Oesterreich.

Wien, 27. November. (T.M.) Gestern fanden die Wahlen zum Bundesrat statt. Es wurden 8 Sozialdemokraten und 4 Christlichsozialisten gewählt. Unter den Sozialdemokraten befindet sich auch der bisherige deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Professor Dr. Ludo Hartmann.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Luzon erklärte im englischen Oberhaus, daß die englische Regierung dem irischen Parlament vielleicht später vollständige Autonomie zuerkennen werde. — Am Eingang der Downing Street (in der die Amtswohnung Lloyd Georges liegt) wurden zum Schutze gegen etwaige Angriffe der Sinnfeller Barrikaden errichtet. Die Behörden haben beschlossen, das Parlamentsgebäude für das Publikum zu sperren. — Wie verlautet, werden in Dublin zur Internierung der Mitglieder des irischen republikanischen Heeres Konzentrationlager gebildet. In Dublin wurden in der vergangenen Woche 300 Personen verhaftet. Bei Jersey wurden bei einem Überfall zwei Soldaten getötet und zwei Soldaten sowie ein Offizier verwundet. — In Cork wurden die ganze Nacht hindurch Explosionen, Gewehrschüsse und Revolverfeuer gehört. Mehrere Häuser in verschiedenen Teilen der Stadt, u. a. ein Manufakturgeschäft, wurden in Brand gesetzt und zerstört. Einer weiteren Meldung zufolge hat der Bürgermeister von Manchester die dort geplante Kreuzverammlung verboten, da im Zusammenhang damit Ausschreitungen befürchtet wurden. — Nach einer Hayes-Meldung aus London haben die Sinnfeller mehrere Baumwolllagerhäuser in Liverpool angezündet. Es kam zu Unruhen, in deren Verlauf ein Gendarm getötet wurde.

Frische Ausschreitungen in Newyork.

London, 27. November. Aus Newyork wird der Times berichtet, daß dort gestern am nationalen Gedenntage frische Ausschreitungen vorkamen. Nach einer großen Versammlung von Zeitungsverkäufern verlangten diese, daß die englische Flagge, die auf dem Gebäude des Union-Klubs wehte, herabgeholt werde. Als diesem Erwünschten nicht stattgegeben wurde, zerstückerte die Menge die Fensterkristallen des Klubs. Ein Trupp drang in das Gebäude und holte die Flagge herab. Die Polizei verhaftete 4 Personen, dem Post Times schreiben, daß seit Samstag in Newyork nicht so viele Ausschreitungen vorgekommen seien. Wie Reuters meldet, nahmen an den Ausschreitungen 5000 Personen teil.

Die Lage im Osten.

Neue Schwierigkeiten bei den Rigauer Verhandlungen.

Paris, 26. November. (T.M.) Wie der Temps aus Warschau erfährt, existieren in Rigä erneut Schwierigkeiten für den Abschluß des Friedens zwischen Polen und Rußland. Die polnischen Vertreter reisten nach Warschau, um die Regierung zu unterrichten.

Die Niederlage der antibolschewistischen Armeen.

O. F. Warschau, 27. November. Die Zahl der ukrainischen und russischen antibolschewistischen Truppen, die die polnische Grenze überschritten haben, hat 15 000 Mann mit 6000 Pferden erreicht. Die Armee General Vermittin, die zur Unterscheidung von den Balachowitsch-Formationen als Dritte Armee bezeichnet wurde, ist vollständig angetrieben. Nachdem es einem Teil der ukrainischen Armee des Generals Pawlenko gelungen war, sich mit der Armee Vermittin zu vereinigen, hatte Vermittin den Versuch gemacht, auf der Linie Sitaro-Konstantinow-Kuffel der Roten Armee standhalten, mußte aber schließlich seine Rettung auf polnischen Boden suchen und sich der Entwässerung unterziehen. Die überretroffenen Truppen sind im Lager Straj in Ostgalizien untergebracht.

O. F. Warschau über Hellingsfors, 27. November. Die Petersburger Sowjetika erklärt in ihrer Nummer vom 25. November die Lage der Balachowitsch-Armee für kritisch. Das Blatt bemerkt, daß die Truppen Balachowitschs in eine Falle geraten sind.

Kein russisch-italienisches Bündnis.

Rom, 27. November. Die italienische Telegraphen-Agentur meldet: Wie sind ermächtigt, die in der Presse verbreitete Nachricht über einen vermeintlichen Bündnisvertrag mit Sowjetrußland amtlich in Abrede zu stellen. Es besteht kein Bündnisvertrauen zwischen Italien und Sowjetrußland. Auch werden keine darauf abzielenden Verhandlungen mit Sowjetrußland geführt.

Die Ministerkonferenz in London.

Paris, 28. November. Wie der Londoner Sonderberichterstatter der Agency Havas über die gestrige Ministerzusammenkunft meldet, hat man sich außer mit der Abstimmung in Oberitalien mit der Frage der Grenzen Palästinas und der Handelsbeziehungen mit Rußland beschäftigt. Die nähere Besprechung dieser Fragen wurde jedoch bis zur Ankunft des italienischen Ministers des Äußeren, Grafen Giotta, verschoben. Die Zwischenzeit sollten die beiderseitigen Vertreter benutzen, um zu einer Annäherung der beiderseitigen Standpunkte in der neuen Lage in Griechenland zu gelangen.

Die Allierierten und die armenische Frage.

Genf, 25. November. Der Völkerbundrat beschloß heute in seiner heutigen Sitzung mit der armenischen Frage und stellte den Text von zwei Telegrammen fest, von denen das eine an sämtliche Mitglieder des Völkerbundes, das andre an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet ist.

In dem an sämtliche Regierungen der dem Völkerbunde angehörenden Staaten gerichteten Telegramm fraat der Völkerbund an ob sie allein oder zusammen mit andern Regierungen bereit wären, im Namen des Völkerbundes die humanitäre Mission einer Friedensvermittlung zwischen Armenien und den Komunisten zu übernehmen; damit würden keine dauernden Verpflichtungen verbunden sein. Im Falle einer ausnehmenden Antwort ersucht der Rat um möglichst rasche Mitteilung der Entscheidung, damit er in der Lage wäre, die Bestimmung noch vor Schluß der gegenwärtigen Tagung davon Mitteilung zu machen.

In dem Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten wird ausgeführt, daß der an Amerika gerichtete Vorschlag in seiner Weise ist. Einvernehmlich des Angebots der Übernahme des Mandats über Armenien bedeuete und der Völkerbundrat in keiner Weise daran denken, von den Vereinigten Staaten die Einziehung irrendemander Verpflichtungen zu verlangen, daß er aber die Pflicht achab: hob: der Vereinigten Staaten die Möglichkeit zu verschaffen, eine Aufgabe von so hoher Bedeutung zu übernehmen.

London, 26. November. Daily News meldet aus Genf. General Wenand sei angefordert worden, seine Ansicht über die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens in Armenien auszusprechen.

Für eine Revision des türkischen Friedensvertrags.

Paris, 26. November. In der Kammer hat der aus Konstantinopel zurückgekehrte Delegierte der internationalen Parliamentskommission eine sofortige Verhängung mit der Türkei durch Revision des Vertrages von Sevres gefordert, um sie nicht den Bolschewisten in die Arme zu treiben.

Osterreichs Nahrungsmittel-schwierigkeiten.

Nach einer Wiener Meldung hat das Ernährungsamt 240 000 Sach-Mehl beschlagnahmt, die für die Wiener öffentliche Speisung bestimmt waren. Rummel droht die Einleitung der öffentlichen Speisung, falls die Beschlagnahme nicht aufgehoben wird. In der Speisung haben im vorigen Winter 1000 000 Personen in 28 öffentlichen Küchen teilgenommen. — Die österreichische Regierung hat sich an die deutsche mit dem Ersuchen gewendet, eine Mehltauschkonvention ab 1000 000 Mehl zu schließen, da die amerikanischen Mehltransporte noch nicht eingetroffen sind. Bei deren Eintreffen soll der Mehlverkehr in Natura zurückgestellt werden.

Reichstag.

Berlin, 27. November.

In den Ministerbüros: Koch.

Die Debatte über den Elektrizitätsarbeiterstreik. Die Aussprache über die deutsch-nationale Interpellation über den Berliner Elektrizitätsstreik und die damit verbundenen Anträge auf Aufhebung der Streikverordnung des Reichspräsidenten wird fortgesetzt.

Abg. Albrecht (D. Wp.): In dem wilden Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter, durch den lebenswichtige Betriebe schwer geschädigt wurden, hat sich weder der Magistrat noch die preussische Regierung der Aufgabe voll gewachsen gezeigt. (Beifall rechts.) Die Verordnung des Reichspräsidenten war deshalb eine Notwendigkeit und muß auch in Zukunft aufrechterhalten werden. (Beifall.)

Abg. Matzahn (Neu-Kom.): Seltener ist eine Arbeitergruppe lebenswichtiger Betriebe hier so beschimpft worden, wie gerade die Elektrizitätsarbeiter. Der Redner gibt eine ausführliche Darstellung der ganzen Streikbewegung. Er weist nach, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit durch Abstimmung für den Streik erreicht wurde. Der Streik wurde von den Verbänden finanziert, es war also kein Streik, sondern ein Streik auf wirtschaftlicher Grundlage. Ich stelle fest, daß der Anspruch des Reichspräsidenten, der Kampf müsse geführt werden, selbst wenn er über die Köpfe aller, niemals von diesem getan wurde, sondern von einem Angehörigen des Transportarbeiterverbandes, aber auch nicht in der Form und Schärfe, wie von der bürgerlichen Presse dargestellt wurde. Die verlogenen bürgerlichen Blätter hoffen, daß es gelingt, genügend besetztes Material für die Verurteilung des Betriebsratsamt zu sammeln. Die Reichsregierung möge sich von diesen einseitigen Informationen nicht leiten lassen. Der Streik war kein Streik, kein politischer, kein kommunistischer, sondern durch die Verhältnisse ein berechtigter Lohnkampf. Das die Streikenden nach der Abstimmung sofort die Arbeit niederlegten, war einmal statutenmäßiges gutes Recht, und zum andern lag der Grund darin, daß sie anlässlich des Rapp-Putschs mit der Wiste überfallen und gezwungen wurden, den Dienst weiter zu versehen. Bezüglich der angeblichen Sabotage möge uns die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Welle des Betriebsrats, keine Sabotage zu üben, durchgeföhrt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kessel wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampfe eine außerordentliche Disziplin bewiesen, sie verdienen die Anerkennung der Nation. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorrede in Moskau betrifft, so kann von einem Einlehen der Technischen Hochschule — es war mehr ein Ruf als Hilfe (Beifall) — nicht gesprochen werden. 120 Schulbuben im Alter von 15 bis 18 Jahren, von denen drei eine Krawallschule anpausen mußten (Beifall), wurden in diesem Krawallkampf eingesetzt. Diese Kinder sind nicht verantwortlich, sondern die reaktionären Drahtzieher, die sie in diesem lebenswichtigen Betriebe einsetzten. Diese Jugendlichen schufen sich aber selbst schlechte Arbeit: Sie erbrachen die Spinde und schrien Diebstahl aus. (Hört, hört!) Die Elektrizitätsarbeiter haben es nicht abgelehnt, Notstandsarbeiten auszuführen, nur verstehen sie darunter etwas anderes als die Technische Hochschule. Es wäre Pflicht der Gewerkschaften gewesen, mit allen Mitteln gegen dieses Ausnahmegesetz vom 10. November einzuschreiten. Die Betriebsleitung im Elektrizitätswerk hat 22 Betriebsräte gemahnt, und wenn diese Mahnung nicht zurückgenommen wird, dann rufen wir die Arbeiterbewegung zur Solidarität auf. (Lebhafte Unruhe.) Der Redner kommt dann auf die Unternehmerratsabgabe zu sprechen und führt aus, daß Stinnes durch Stilllegung einer Anzahl von Werken zahlreiche Arbeiter gezwungen habe, abzuwandern. (Hört, hört!) Die Arbeiterbewegung wird sich dieses Vorgehens gegen so wenige mehr bieten lassen, wie die Streikverordnung des Reichspräsidenten oder eine Schlichtungsordnung, die ja doch nur eine Zuschussordnung bedeutet. (Beifall bei den Neu-Kommunisten.)

Ein Regierungskommissar weist die Angriffe des Abg. Matzahn auf die Technische Hochschule als unbeanstandet zurück. Sie habe ihren Dienst in der vollkommensten Weise erfüllt. Die wenigen Diebstahle, die von Leuten der Technischen Hochschule ausgeführt wurden, können in gar keinem Verhältnis zu dem Riesenschaden, der durch den Elektrizitätsstreik verursacht wurde. Die Technische Hochschule genießt den Schutz der Regierung und wird auch in kommenden Fällen wieder ihre Pflicht tun. (Lebhafte Zustimmung bei den Rechten.)

Laocrens (Dnt.): Meine Partei billigt die Ausführungen des Reichskommissars. Wir hoffen, daß die Regierung Latein sehen lassen wird. Sie (zur Linken) dürfen sich nicht täuschen, daß ihnen eine zweite Revolution so leicht gelingen würde. Wir haben einen tatkräftigen Mittelstand und eine aktionsfähige Bauernschaft. Die Regierung hätte gegen Entgelt als gemeingefährlichen Menschen andre Schritte unternehmen sollen und ihn wenigstens solange aus der Gesellschaft ausschließen, bis das Verfahren geklärt ist. Wir wollen gern an der Schlichtungsordnung weiter arbeiten, weil wir dabei einen Schritt zur Befriedigung tun können. Der Möglichkeit eines weiteren Generalstreiks muß die Spitze abgebrochen werden. Eine starke Regierung braucht

den Generalstreik nicht zu fürchten. (Lebhafte Zustimmung rechts; Widerspruch links.)

Wenand (Soz.): Die ganze Interpellation ist nur aus Agitationsbedürfnis der Rechten entstanden. (Sehr richtig!) Deshalb bedauere ich auch die Haltung des Herrn Ministers Koch, der sich sofort auf den Boden dieser Interpellation stellte. Die Verordnung war damals notwendig, heute, wo wieder Ruhe herrscht, ist sie überflüssig geworden und deshalb wünschen wir, daß sie gerade im Interesse der Sicherheit aufgehoben wird. (Sehr gut!) Sonst besteht immer die Gefahr, daß diese Verordnung gegen die Arbeiterbewegung angewandt wird. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Matzahn und weist darauf hin, daß die Aufführung der Arbeiterbewegung und nicht die gegenseitige Bekämpfung das Gebot der Stunde ist. Die äußerste Linke teilt ihren Appell an die Gewalt mit der äußersten Rechten. (Unruhe links.) Die Arbeiterführer der äußersten Linken müssen endlich einsehen, daß sie durch ihr Vorgehen nur der Reaktion in die Hände arbeiten, sie müssen einsehen, daß sie nur im Zusammenarbeiten mit den sozialistischen Gruppen etwas für das Wohl der Arbeiterbewegung erreichen. (Zurufe bei den Neu-Kommunisten.) Wenn wir eure (zu den Neu-Kommunisten) Methoden annehmen würden, dann würde nur die Arbeiterbewegung die Kosten zu tragen haben. (Sehr richtig! — Widerspruch bei den Neu-Kommunisten.) Das wissen auch die alten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und darum verweigern sie den Kommunisten die Gefolgschaft, die diese hauptsächlich bei den ehemals Gelben und Nichtorganisierten finden. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wir verlangen von der Regierung, daß sie keine Gewaltspolitik treibt, sondern Einsicht und Verständnis für die Forderungen und Mitleid der Arbeiterbewegung zeigt, wie dies der Berliner Oberbürgermeister Wermuth in so hervorragender Weise getan. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Moses (Unabh. Soz.): Die Ausführungen des Herrn Ministers Koch waren zumindest eine Entgeißelung so ernster Natur, ganz besonders in der Frage der Strafverfolgung gegen den Kommunisten Entz. Redner kommt dann auf die Vorkänge im Berliner Stadtmagistrat und die wütende Hege gegen den Oberbürgermeister Wermuth wegen seiner Haltung zum Streik zu sprechen und bedauert, daß durch die mangelnde Einigkeit der Linksparteien Oberbürgermeister Wermuth dem Vorkommern der vereinigten bürgerlichen Gegner weichen mußte. Redner bringt dann Belege über die unheimlichen Ausschreitungen der bürgerlichen Presse über die durch den Streik verursachte Hungersnot und weist demgegenüber auf den Hungerstreik hin, der vom größten Teil der bürgerlichen Presse totgeschwiegen wurde. Wenn unsere Säuglinge nichts schliefen, als das elektrische Licht, dann wären wir über den Berg hinaus. (Sehr richtig! links.) Ruhe und Ordnung ist das A und O der Herren von der bürgerlichen Rechten. Krieg, Not und Entbehrungen sind es, die die Arbeiterbewegung immer wieder von neuem von selbst aufwachen. Man hatte ihnen zum 1. Oktober wieder etwas verschrieben, ohne es halten zu können. Denken Sie sich in den Seelenzustand des Profetars, der seine Kinder frühmorgens bei bitterer Kälte und Hunger zur Schule schicken muß, während die Schaufenster der Schlächterladen nur für die besseren Kreise gefüllt sind. Vor dem Kriege betrug der Verbrauch an Schokolade 6 Millionen Pfunden, jetzt ist er auf 10 Millionen gestiegen. Das ist ein Vermögen von einer Milliarde. Wie die Unterklasse die diese Milliarde nicht aufzubringen. Von den Profetars verlangt man Arbeit und Arbeit und Produktionssteigerung. Wir gehen einem ersten strengen Winter entgegen. Die Politik, die die Rechte treibt, ist keine Politik der Befriedigung. Wir werden die Arbeiter von Millionen freihalten und auf dem Boden des Klassenkampfes verbleiben. Der Ausgang wird von dem Widerstand abhängen. Appellieren Sie nur weiter an die starke Hand! Aber fordern Sie diese für Banner, das der Regierung auf der Nase herumtaut. Solange die bekannten Wähler frei herumtaufen, solange nicht man der starken Regierung im Ausland. Ich stehe untreu Galula. Sie zu haben, wäre Pflicht der Regierung, und nicht der Wiederbelebung einer unzureichend gegangenen Zeitperiode entgegenzunehmen. (Beifall bei den Soz.)

Damit ist die Interpellation beendet. Abstimmung darüber Dienstag.

Montag, 1 Uhr: Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über den Reichshaushaltplan 1920 des Reichswirtschaftsministeriums. — Schluß 2 1/2 Uhr.

Von Nah und Fern.

Wertvolle Altertümer durch Feuer vernichtet. Wermelskirchen, 26. November. Das Schloss Burg an der Wupper steht in Flammen. Das erste Stockwerk, in dem das Bergische Landesmuseum mit seinen unermesslichen Altertümerstätten untergebracht ist, ist durch die Flammen vernichtet. Die Forscherarbeiten werden unter empfindlichem Wassermangel. Nach den letzten Meldungen scheint es, daß die Haupträume gerettet werden können.

Wie die Kölnische Volkszeitung meldet, brach das Feuer zugleich an mehreren Stellen aus, so daß Brandstiftung vermutet wird.

Zusammenstoß zweier Dampfer. Naahuis, 26. November. Der deutsche Dampfer Juno stieß zwischen Vinuden und Naahuis mit dem holländischen Fischdampfer Camello zusammen. Der holländische Dampfer Jan. Jans Mann seiner Besatzung werden vernichtet. Der deutsche Dampfer wurde beschädigt.

In der Herberge ermordet. Breslau, 26. November. In einer Herberge wurde der 60jährige Gerber Seidel von dem entlassenen Fäulungsgehilfen Richter mit einer Bierflasche erschlagen und seiner Barthaft in Höhe von 1.40 M., und der Schutze beraubt. Der Täter wurde auf dem Wege zum Bahnhof verhaftet; er ist gefählig.

Millionenbetrug durch gefälschte Zigarottenbanderolen. Duisburg, 27. November. Die Kriminalpolizei erbeutete einen weitverbreiteten Handel mit gefälschten Zigarottenbanderolen, durch den der Staat um noch nicht überschätzte Beträge, die aber in die Millionen gehen, geschädigt wurde. Nachdem in Köln eine Reihe von Bänderolentavernen verhaftet worden war, wobei über 100 000 gefälschte Bänderolen festgestellt wurden, beschlagnahmte die Duisburger Kriminalpolizei gestern bei einem Zigarottenhändler gefälschte Bänderolen für 100 000 Zigarotten.

40 Millionen Mark Brandstiftungen. Köln, 27. November. Nach der Kölnischen Volkszeitung beschlagnahmt die gesamte Materialschaden bei dem Brande des Schlosses Burg an der Wupper auf 40 Millionen Mark, nicht gerechnet der ideelle, nicht zu ermessende Wert der vernichteten Schätze des ausgetrauten Museums.

Munitionsexplosion in Italien. Mailand, 27. November. Bei einer Explosion in einer Fabrik in Bergiate wurden sieben Personen getötet und 15 verletzt. In Bergiate und Saranno wurden viele Häuser beschädigt und unbewohnbar gemacht.

Mailand, 28. November. Die Explosion in den Werkstätten für Geschloßherstellung in Bergiate dauert noch an. Mehrere Häuser in den umliegenden Dörfern sind infolge der gewaltigen Explosion eingestürzt. Militärisch ist zur Hilfe gerufen worden. Man rechnet mit etwa 20 Toten und Vermissten.

Überflutungen in Südfrankreich. Perpignan, 28. November. Die Überflutungen in den Departementen Nord-Pyrenäen haben schwere Schäden angerichtet. Viele Brücken sind weggespült. Auf allen Bahnhöfen der Ebene ist der Bahnverkehr unterbrochen. Mehrere Dörfer sind abgebrannt. Viele Arbeiter sind ertrunken.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Heinrich Fleischer in Leipzig.

Verantwortlich für den Interatentel: Friedrich Wille, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlagsgesellschaft, Leipzig.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. November.

Parlamentsangelegenheiten.

Oeffentliche Volksversammlung in Leipzig.

In der heute abend 7 Uhr im Schwarzen Jäger stattfindenden öffentlichen Versammlung spricht Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann Lehner...

Deutscher Verein in Leipzig, Nordbezirk. Die für morgen angedachte Zusammenkunft findet umständehalber erst nächsten Dienstag, den 7. Dezember, statt.

Thonberg-Stütterli. Dienstag, den 30. November, Frauen-Vorstellung im Restaurant Stadt Hof, Ecke Stütterliher und Hoferstraße.

Der Kursus Arbeiterrecht findet Mittwoch, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kolonnade, statt.

Gruppenräte, Kartellauswahl und Afavorstände: Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 9.

Generalversammlung aller Betriebsräte des Leipziger Wirtschaftsbereichs. Freitag, den 3. Dezember, im Volkshaus, Großer Saal.

Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre: Mittwoch, den 2. Dezember, beginnt im Volkshaus, in der Kolonnade, der zweite Kursus Arbeiterrecht.

Friedrich-Engels-Feier.

Selten, doch um so köstlicher sind solche Stunden der Weisheit, die wir dem Andenken eines großen Toten widmen. Auf rauchenden Fittichen trägt uns die Kunst hoch empor aus der Milsch des Alltags...

Hierauf hielt Genosse Fritz Seger die Gedächtnisrede. Er betonte, daß die Feier mitten hinein falle in die größten Kämpfe der Menschheit. Friedrich Engels habe neben Marx die größten Verdienste um die Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Nach dem Vortrage kam der große Künstler-Revolutionär Beethoven, dessen wir demnächst zu gedenken haben, zu Wort. Seine Kreuzersonate, so genannt nach einem zeitgenössischen Wiener Biografen...

Der Orgeisch Gegenpol.

„Mit dem standrechtlichen Erschießen darf jetzt nicht mehr human verfahren werden. . . . Bei einem Linksputsch sind die bekannten Radikalsocialisten zusammenzufassen und gefentlich starker Gesichtshandlungen auf schnelle Art zu erledigen.“

In Leipzig fand am 18. November 1920 im Restaurant Apfelbaum in der Burgstraße eine Sitzung von Leuten statt. Bei der nur Zutritt hatte, war auf dem Boden der 3. Internationale steht.

trug einen Spitzbart und eine auffallend große Brille. Sein besonderes Kennzeichen ist ein außergewöhnlich großes Mundwerk. Der Mann entwickelte folgenden Plan: „Die Führer der Arbeiterbewegung müssen alle auf dem Boden der 3. Internationale stehen.“

Von 15 Personen, die an der Sitzung beteiligt waren, erklärte nur ein Mann, daß er diesen „Blödsinn“ nicht mitmache; die anderen schwiegen zu dem ungeheuerlichen Plan. Wir können nicht annehmen, daß alle 15 Personen mit diesem Schurkenplan einverstanden sind.

In diesem Zusammenhang gewinnt eine Notiz des Halleischen Volksblattes vom 18. November besondere Bedeutung. Diese Notiz lautet:

Von Senft von Pilsack bis Lipinski. Daß die Front der Kapitalisten und Anbeter der bürgerlichen Demokratie sich bis zur rechten Unabhängigen Partei erstreckt, ist ja nicht nur durch Raubitsch und Silberling des öfteren bewiesen, sondern die Arbeiter Sachverständigen haben es durch die Leipziger Volkszeitung und die „revolut“ onären“ Führer in Leipzig ebenfalls erfahren.

Das ist Stimmungsmache schlimmster Art. Wir wissen nicht, ob irgend ein Parteimitglied eine solche törichte Äußerung getan hat, aber die Partei ist natürlich nicht dafür verantwortlich.

Es ist ein frevelhaftes, verbrecherisches Spiel, das hier mit Arbeiterinteressen gespielt wird. Jedes politische Kind muß wissen, daß die Befestigung der Führer bei einer Aktion, unter welchen Umständen und mit welchen Mitteln sie auch erfolge, eine Kampfhandlung schlimmster Art nicht etwa gegen die Gegner der Arbeiterklasse, sondern gegen einen Teil der Arbeiterklasse selbst ist.

Einige Worte seien noch dem tapferen Mann gewidmet, der sich bereit erklärt hat, die Führer höchst eigenhändig zu befestigen. „wenn sich kein anderer findet“. Wellecht überlegt er sich's einmal, ob er nicht andere Objekte findet, die er befestigen kann.

Es wanken die Sessel der sichern Gesellschaft!

Wer einmal die verzweifeltsten Mittel kennen lernen will, mit denen eine untergehende Gesellschaft sich um die ihren Händen ankämpfenden Machtpositionen kämpft, der braucht nur den Kampf der Leipziger christlichen Kreise um die konfessionelle Schule und gegen die weltliche Schule zu beobachten!

firmandenunterricht den Schülern, daß die Superintendentur angeordnet habe, wer in den nächsten vierzehn Tagen keine Erklärung bringt, daß er wieder am konfessionellen Religionsunterricht in der Schule teilnimmt, wird vom Konfirmandenunterricht ausgeschlossen.

Und nun machen die Geistlichen den Kindern die „schrecklichen Folgen“ aus! Wer nicht konfirmiert ist, der kann nicht getraut werden, der darf nicht Bate stehen, der wird auch einmal kein „ehrliches christliches“ Begräbnis bekommen.

Schon glaubte man das Mittel gefunden zu haben, eine Hausagitation für die weltliche Volksschule unmöglich zu machen, als man den Rat der Stadt Leipzig soweit hatte, daß er den Schulleitern verbot, den Eltern die Adressen der Eltern des Schulbezirks auszuhandigen.

Jedem kirchlich Denkenden müßte doch eigentlich grauen vor der Saat, die aus einem solchen Zwangschristentum aufsteigen muß, wenn diese so getriebene Jugend in späteren Jahren die Beweggründe der Geistlichen erkennen lernt!

Arbeiterkern! Sagt euren Kindern, daß die Konfirmation für das bürgerliche Leben gar nichts zu bedeuten hat, daß sie eine gefesselte Ehe schließen können ohne Pfaffenlegen, daß sie Kinder ohne Einwilligung der Kirche ebenso zu brauen und redlichen Menschen erziehen können und daß ihnen ihre Kinder vielleicht einmal dankbar sein werden, wenn der Schmerz um geliebte Eltern nicht durch bezahltes Pfaffengeschwätz noch am Grabe acfört wird.

Neue Einschränkungen des Gas- und Stromverbrauchs stehen bevor. Auf Grund einer Anordnung des sächsischen Landesverwaltungsamtes sah sich der Rat genötigt, erneut Ortsvorschriften über Einschränkung des Gas- und Stromverbrauchs zu erlassen.

Zur Vorbereitung der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Leipzig (1921) wurden 273 000 M. bewilligt.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Neue Einschränkungen des Gas- und Stromverbrauchs stehen bevor. Auf Grund einer Anordnung des sächsischen Landesverwaltungsamtes sah sich der Rat genötigt, erneut Ortsvorschriften über Einschränkung des Gas- und Stromverbrauchs zu erlassen.

Ortspolizeiliche Bestimmungen über das Schornsteinfegerwesen. Genehmigt wurden die ortspolizeilichen Bestimmungen, das Schornsteinfegerwesen in der Stadt Leipzig betreffend, und das Ortsgesetz, die Unterstellung dienstfähiger Bezirkschornsteinfegermeister und ihrer Witwen und Waisen sowie die Ab- löschung der vom Gewerbebetriebe freiwillig zurücktretenden Meister und Witwen betreffend.

Zu Wauschuhwerten wurden auf Vorschlag des Personalausschusses gewählt der Maurerpolier K. Beschärdt und der Zimmerpolier Richard Schwarz.

Zur Vorbereitung der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Leipzig (1921) wurden 273 000 M. bewilligt.

Noch ein Beitrag zu der Berichtigung des Oberstaatsanwalts.

In Nr. 248 der L. Z. berichtet der Oberstaatsanwalt, eine einwandfreie Zeugin habe ausgesagt, daß der Brand des Volkshauses schon entstanden sei, als noch kein Soldat das Gebäude betreten hatte. Ich weiß nicht, wie der Herr Oberstaatsanwalt zu dieser „einwandfreien Zeugin, die dem Volkshaus gegenüber wohnt“, kommt.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am nächsten Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über Eingaben wegen der Gasperre, der Schlußart für die Ladenbefestigung, über die Gehaltsneuregelung für das Solo-, Chor-, Tanz- und Operettenorchesterpersonal und über Neuverteilung der Kosten für das Stadtorchester usw.

Schlachthaus beim Viehmarkt! Das Gewerbeamt teilt mit: Wer gewerbsmäßig Vieh (Kindschaf einhufteilich Kälber, Schweine und Schafe, auch Ferkel unter 25 Kilogramm Lebendgewicht und Kälber im Alter unter drei Monaten) zum Weiterverkauf ankauft, hat über jeden Kauf einen vorgeschriebenen Schlupfschein in dreifacher Ausfertigung auszufüllen und zu unterzeichnen.

Rettungsgesellschaft zu Leipzig. Man schreibt uns: Die Tätigkeit der Hilfsstellen und der freiwilligen Hilfsmannschaft bezug im Oktober zusammen 207 Hilfsleistungen, davon 187 Verletzungen und 19 plötzliche innere Erkrankungen. In einem Falle mußte sofort ärztliche Hilfe herbeigezogen werden, doch konnte hier nur der Tod festgestellt werden.

Arbeiterklasse widerspiegelt. Denn während auf der einen Seite Appleton sein Mandat als Vorsitzender niederlegte, weil er nicht für den Sozialismus eintreten kann, während die Amerikaner aus ähnlichen Gründen dem Kongress überhaupt ferngeblieben waren und der kanadische Delegierte Bedenken hatte, der von Finnern vorgelegten Resolution zuzustimmen, weil ihm diese, wie überhaupt der ganze Kongress in seiner Haltung viel zu revolutionär erschienen, kamen auf der andern Seite Vertreter von Italien und Norwegen, die ihrerseits versuchten, der Tagung eine revolutionäre Note zu geben. Erfreulich war es immerhin, daß alle diese Auffassungen in der tameradischsten Weise zum Ausdruck gebracht werden konnten und dabei das Bestreben aller zutage trat, über alle Hindernisse hinweg zu einer härteren Solidarität und Aktionsfähigkeit, zu einem klareren Ausdruck und Betonung einer wahrhaft internationalen Gesinnung und Betätigung zu gelangen. Will man dies Ziel erreichen, dann müssen in einer proletarischen Tagung vor allen Dingen in aller Offenheit auch die Meinungsverschiedenheiten ausgesprochen und alsdann ein gemeinsames Weg gefunden werden, der diese Verschiedenheiten beachtet und dabei doch zugleich die Bewegung in allen Ländern vorwärts zu treiben trachtet.

Darin eben unterscheidet sich eine proletarische Tagung von einem Pfaffenkonventikel: Nicht allein gültige Wahrheiten können noch sollen von irgendwelcher Person oder einem kleineren Gremium, wie etwa vom Bundesvorstand, aufgestellt werden, nicht in der These oder dem Dogma liegt das Heil, sondern der These muß die Antithese gegenübergestellt werden und in der Synthese mündet der Weg ein, in der alle Kräfte sich begegnen und zu einem starken Strom zusammengefaßt werden können.

Will man aus der Gewerkschaftsinternationale eine alle proletarische Kräfte umfassende internationale Organisation machen, dann kann es keine andre Methode geben.

Für einen spricht über die Weisheit und die internationale Gewerkschaftsbewegung. Er weist darauf hin, wie zunächst nach Kriegsende die Bourgeoisie zu Konzessionen bereit zu sein schien, dann aber sehr bald der Umsturz einsetzte und heute in fast allen Ländern die Reaktion wieder das Haupt erhebt. Ungarn ist ein Beispiel, und darum sah sich auch die Amsterdamer Internationale veranlaßt, den Postoffiz gegen Horti-Ungarn zu erklären. Aber mit Billigung der Entente wird in Ungarn weiter versucht, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Aber nicht nur in Ungarn, nicht nur in Finnland, sondern überall hat die Bourgeoisie blutige Rache genommen, dort, wo das Proletariat, seine eigenen Kräfte überschätzend und in der irrigen Meinung, daß es möglich sei, von heute auf morgen die soziale Revolution zum Ziele zu führen, die Macht ergriffen hatte.

In ganz verwickelter Lage aber befinden sich die Arbeiterorganisationen Spaniens, wo jede gewerkschaftliche Neugründung unmöglich gemacht, die Funktionäre in die Gefängnisse geworfen werden und der Terrorismus Reaktionsorgan ist.

Wenn auch in den westeuropäischen Ländern die Arbeiter noch mehr Rechte besitzen, so zeigte sich auch dort das Bestreben, durch die Gesetzgebung das uralteste Recht der Arbeiterklasse, das Streikrecht, zu rauben. Wenn auch der Achtstundentag in Wirklichkeit beschaffen und international durchgeführt werden sollte, so wird doch jetzt, nachdem der erste Schreck der Bourgeoisie längst überstanden ist, überall dieser Beschluß zu sabotieren versucht.

Wie steht die Arbeiterklasse zu dieser internationalen Aktion? Schon im März 1919 vereinigte sich wieder in Amsterdam die Internationale der Transportarbeiter. Die Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. sind inzwischen ihrem Beispiel gefolgt und zeigten damit, daß wenigstens die Arbeiter nichts mehr vom Krieg wissen und keine Angst mehr kennen wollen, die sie trennt. In gleicher Weise wurde auch der Internationale Gewerkschaftsbund im August 1919 in Amsterdam wieder aufgerichtet: sofort wurde protestiert gegen die Vordrängung Sowjet-Rußlands und die Sozialisierung der Produktionsmittel verlangt. Während indessen vor dem Kriege die Aufgabe der Gewerkschaften national wie international im wesentlichen auf rein gewerkschaftliche Ziele der Lohnbewegung, Arbeiterschutz, Gesetzgebung usw. beschränkt war, mußte jetzt die Gewerkschaftsbewegung auch auf internationalem Boden in erster Linie den Widerstand des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung als solche organisieren.

Die Gewerkschaftsbewegung mußte es als ihre erste Aufgabe betrachten, die

Macht der Arbeiter im Kampfe gegen die Reaktion für die neue Gesellschaftsordnung

anzuwenden. Dabei mußte man sich darüber klar sein, daß die 24% Millionen in der Amsterdamer Internationale organisierten Arbeiter noch nicht alle von der Notwendigkeit dieses großen revolutionären Kampfes überzeugt seien. Sie hierzu und auch zu voller Opferwilligkeit bereit zu machen, mußte die wichtigste Aufgabe sein.

In gleicher Weise sei es bedauerlich, daß die Arbeiter Amerikas wie auch Rußlands durch die Haltung ihrer Führer noch von ihren übrigen Klassenbrüdern ferngehalten seien. Sofort nach Gründung des Bundes habe man wiederholt versucht, mit den russischen Gewerkschaften Näheres zu bekommen, telegraphisch und

brieflich die Solidarität zum Ausdruck gebracht, ohne indessen bis heute auch nur einer einzigen Antwort gewürdigt worden zu sein. Nur aus ihren offiziellen Kundgebungen habe man alle die Beschlüsse und den Willen entnommen, den sie über die neue Gewerkschaftsinternationale verbreiteten, was jedoch diese „gelbe“ Internationale nicht verhindern habe, als einzige sich dafür zu erweilen, Sowjet-Rußland mit klamer Hilfe zu bieten durch die Proklamierung des Transports und der Herstellung der Kriegsmaterialien für dessen Feinde.

Wenn auch die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen werden müssen, so sei doch unabweislich, nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat zum Ausdruck zu bringen, daß man begriffen habe, daß eine neue Periode eingeleitet habe.

Darum gelte es auch, daß die Internationale der Berufsorganisationen begreife, daß es gelte,

die Kräfte der Arbeiterklasse nicht in nationalen Vorkämpfen zersplittern

zu lassen. Eine solche nationale Kräftezersplitterung bedeute ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, an den Interessen des internationalen Befreiungskampfes.

In der darauf einsetzenden Diskussion erklärte

Grahamann (Deutschland), daß er der Resolution vorbehaltlich einiger kleiner redaktionellen Änderungen zustimmen könne. Er schildert kurz die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und beweist durch die Haltung der Gewerkschaften während des Kampfes, daß auch die deutschen Gewerkschaften begriffen haben, welche neuen Aufgaben ihr die Stunde auferlege. In gleicher Weise habe man die Initiativen ergriffen, um praktische Solidarität Sowjet-Rußland gegenüber zu üben. Man müsse sich indessen nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch gegen Putsch vor links wenden.

Hinsichtlich der Stellung zu Moskau gibt er bekannt, daß inwieweit das Statut der Moskauer Gewerkschaftsinternationale bekanntgeworden sei, und folgert, daß es notwendig sei, durch Aufforderung gegen diese Bestrebungen vorzugehen. Die deutsche Delegation schlägt vor, daß der Kongress sich die Erklärung zu eigen machen solle, die das Bureau der Amsterdamer Internationale in Zurückweisung der Moskauer Angriffe ausgesprochen habe.

Basterra (Spanien) bedauert, wenig am Aufbau der Amsterdamer Internationale mitwirken zu können, weil die Schwäche und rückwärtssteigende Reaktion sie daran hindere. Er entwirft ein Bild von dem unerhörten Willen der Regierungsorgane, die jede aufbauende Arbeit der Gewerkschaften gewalttätig zu verhindern.

D'Aragnona (Italien) stellt mit Genugtuung fest, daß die Gewerkschaftsinternationale heute die Notwendigkeit einsehe, den gewerkschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden. Doch ist ihm die Resolution nicht präzise genug, welcher Art diese Aktionen sein sollen. An dem Willen der Reaktion seien auch diejenigen Gewerkschaften mit schuld, die die Interessen der internationalen Arbeiterbewegung durch Unterstützung der Kriegsnolitik preisgegeben haben.

Was die Haltung gegenüber den Russen angeht, so haben sich hiervon die Vertreter der Gewerkschaften selbst ein Teil Schuld zuschreiben durch ihre falsche Politik während des Krieges. Wenn man auch über Einzelheiten der russischen Revolution verschiedener Meinung sein könne, sei man sich aber einig darüber, daß dort ein gewalttätiges historisches Ereignis sich abspiele, das die Sympathie und Solidarität der ganzen Arbeiterklasse verdiene.

Nachdem der kanadische Vertreter noch seine Vorbehalte hinsichtlich seiner Haltung zu der vorgeschlagenen Resolution machte und zum Ausdruck brachte, daß ihm dieser Kongress eine zu revolutionäre Tendenz zeige, macht auch Bolan (Schweiz) seine Vorbehalte zu der vorgeschlagenen Resolution, da er und seine Freunde Genauer des internationalen Arbeitsamtes seien. Für einen geht in seinem Schlusswort auf die Einwürfe der Diskussionsredner noch kurz ein und bittet um möglichst einmütige Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die nachstehende Resolution mit 21 000 000 gegen 2 710 000 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmten die Italiener und Norweger.

Resolution

über die Weisheit und die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftskongress protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen oder verhehlerten Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken.

Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, spricht allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den welschen Schrecken in Ungarn und bei der Aktion zur Verhinderung des Transports von Kriegsmaterial für die Konten-

revolutionären Armeen ihrer internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und seiner internationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Aufstieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion Stellung zu nehmen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen national und international den Kampf führen muß gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Der Kongress erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Gewerkschaften als wirksames und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzuwenden ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß zu diesem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und Berufe unerlässlich ist; er richtet den dringenden Appell an alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, am in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von dessen Waffen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine rastlose, tatkräftige Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Kriege den Krieg zu erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen.

Für den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes: Edo Jimmen.

Amsterdam, 26. November. (W. T. V.) Telegraaf meldet aus London, daß Thomas in der gestrigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Schreiben der russischen Gewerkschaftsmitglieder im Uralsgebiet verlas, in dem es heißt, es sei der russischen Arbeiterklasse infolge der unter der Sowjetregierung bestehenden wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit unmöglich, ihre Gedanken frei auszusprechen. Die Führer der russischen Gewerkschaften würden von der Sowjetregierung streng verfolgt, viele von ihnen erschossen und zahlreiche ins Gefängnis geworfen.

London, 27. November. (W. T. V.) Der Internationale Gewerkschaftskongress nahm eine ausführliche Entschließung als Antwort auf die Angriffe von Moskau an, in der erklärt wird, daß der Internationale Gewerkschaftsbund nach Aufhebung des kapitalistischen Systems strebe und in der er dem Mitgefühl mit den Leiden des russischen Volkes, das zum Anschlag an den Bund aufgefordert wird, Ausdruck gibt. In der Kommissions-Sitzung, die diese Entschließung aufstellte, schienen die französischen und deutschen Delegierten in der Frage nicht übereinzustimmen, ob ein Regierungsamt mit dem eines Gewerkschaftsführers vereinbar sei.

London, 28. November. (Reuter.) Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress erklärte Jouhaux, Frankreich im Namen der Delegation, die das Ruhrgebiet besucht hat, Bericht. Er erklärte, die Arbeiter hätten keinen Anlaß, dieses Gebiet zu verlassen. Es sei die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, sich einer Befehung der Allierten durch Produktionsverweigerung zu widersetzen, und die Pflicht der C. G. T. (französischer Gewerkschaftsbund, Red. d. L. B.) den deutschen Arbeitern zu helfen. Der deutsche Delegierte Legien sprach über die Schwierigkeiten für die Arbeiter des Ruhrgebiets, infolge des Lebensmittelmangels und der ihnen durch den Vertrag auferlegten Beschränkungen die Vertragsbestimmungen durchzuführen. Thomas sprach sein Bedauern darüber aus, daß Frankreich anscheinend fest entschlossen sei, imperialistischen Regierungen zu folgen. Er erklärte, wenn die deutschen Kameraden ihren Verpflichtungen nachkommen, sei es die Pflicht der organisierten Arbeiterbewegung der Welt, ihnen zu helfen.

London, 28. November. (Reuter.) Der Internationale Gewerkschaftskongress hat eine Entschließung angenommen, in der dem Bureau aufgetragen wird, einen Plan für ein internationales Zentralbureau zur gleichmäßigen Verteilung von Rohstoffen zu entwerfen. Dieser Plan wird dem Internationalen Arbeitsbureau in Genf zur Durchführung unterbreitet werden.

Amsterdam, 27. November. (W. T. V.) Wie die Blätter melden, wird am 2. Dezember unter dem Vorh der Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes Dubogues in Paris von dem durch das Arbeitsbureau des Arbeiterbundes eingesetzten Ausschuss für Gewerkschaftsarbeit eine Konferenz abgehalten werden, auf der die Frage der Arbeitslosigkeit gründlich untersucht werden soll.

Eltern u. Erzieher v. Liebertwolkwitz
Morgen Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr im **Gambrius** wird Herr Lehrer **Diabrack**, Leipzig, über **Wie entscheiden wir uns in der Frage des Religionsunterrichts** sprechen. — Eltern erscheinen vollständig, und beweist, daß Ihr die Bedeutung dieser Entscheidung erkent. **Der Elternrat.**

In der **Nordsee**
Reichsstraße 25
bietet sich Gelegenheit,
morgen Dienstag und Mittwoch
lebendfr. grüne Heringe
(das Beste vom Markt)
zu billigen Preisen zu erhalten.
Reichliche Auswahl in Räucherwaren.

Abonnenten berücksichtigen bei Euren Einkäufen die Inserenten der Leipziger Volkszeitung.

Geschäfts-Eröffnung!
Hiermit erlaube ich mir die verehrte Einwohnerschaft von Leipzig und Umgebung darauf aufmerksam zu machen, daß ich mit heutigem Tage **Wingergartenstraße Nr. 12** (Häufig über dem Krystall-Palast) ein Geschäft der **„Textilwaren-Branche“** eröffnet habe und bitte ich um freundliche Unterstützung meines neuen Unternehmens. — Es wird mein Bestreben sein, die verehrte Kundenschaft jederseit bestens und billigt zu bedienen und empfehle ich mich Hochachtungsvoll **Fritz Werner.**
NB. Beachten Sie bitte die Auslagen und Preise im Fenster.

Grüne Heringe
feinste, blutfrische, fetts Ware
zu billigstem Tagespreis!
Wiederverkäufer wollen bitte Körbe mitbringen.
Johann Aulischka, L.-Lindenau.
Gundorfer Str. 17 / Fischwaren-Großhandl. / Tel. 43208.

Pa. Rübensaft
dauernd vorrätig, à Pfund 2.00 Mk.
Wenzel, Könnertstr. 35.

la Harzer 66 or Klasse **28.50**
Weihnachtsäpfel 1.40 bis 2.—
Saiz-peck 18.—, 20.—
Rindertalg 18.—
gibt jede Menge laufend ab
Gerlach & Sonntag Zollkornstraße 42
Ecke Torgauerstraße.

Stoffrelle
passend für Herren, Damen, Konfirmanden-Kittel, Bosen, Mäntel, Damenröcke, Kostüme usw. enorm billig abzugeben.
Selb, Frankfurter Straße 6.

Familien-Nachrichten
Sonnabendfrüh verschied nach kurzem Leiden unsere liebe Schwester, Frau **Minna verw. Weiß geb. Münzner** im 68. Lebensjahre. In tiefer Trauer L. W. H. L. S. den 28. November 1920.
Familie **Gustav Münzner**
Familie **Hermann Ströble**
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Gohliser Friedhofes aus statt. — Etwa freundl. zugeh. Blumenpenden bitten an Beerdigung, Anstalt W. Steinrück, L.-G., Ellenacher Str. 34, abzugeben.
Allen Freunden und Genossen zur Kenntnis, daß am 26. November unser Sohn

Erich
Infolge Betriebsunfall im Polysphonwerk verschieden ist. Die trauernde Familie **Ariur Walter Elsa Oberhelm**, die seinem Verzeu nachstand. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 2. Dezember, nachm. 3 Uhr, von der Friedhofstafel Wahren aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber **Fritz Koschel** am 27. November infolge Schlaganfalles im Alter von 45 Jahren plötzlich und unerwartet verschieden ist. **W. W. L. S.** den 29. November 1920
Weihenstetter Str. 68, IV.
Dies selgen tiefbetrübt an Seine Mutter und Väter nebst Geschwistern und allen Angehörigen. Die Beerdigung findet Dienstag, den 30. Nov., nachm. 3 Uhr, auf dem Plagwitzer Friedhof statt.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair

23]

Sie schritten die Straße entlang; Genossin Baskerville schauerte vor Entsetzen, da Jimmie von den „Bienen“ berührt...

Ja, die Genossin Baskerville vermochte seine Schmerzen zu begreifen, denn auch sie wußte, was leiden heißt. Als ganz junges Mädchen war sie ihrem, durch eine Stiefmutter unerträglich gewordenem Helm entlaufen...

Er sollte sie heimbegleiten, doch hatte er keine Ahnung, wo sie wohne und auch sie sah es für einen Augenblick vergessen zu haben. Sie schwendten ziellos dahin, sprachen von den wunderbaren neuen Ideen, die Männer- und Frauengeister aufstießen...

Jählings blieb sie stehen und rief: „Wo sind wir denn hingekommen?“ Ein fröhliches Lachen begleitete die Entdeckung, wie weit sie vom Wege abgewichen waren. Sie kehrten um, schlugen diesmal den rechten Weg ein, und Genossin Baskerville predigte unentwegt weiter...

IV

Sie erreichten das Haus, in dem sie wohnte; es war bereits spät. Die Straße lag verödet. Nun hätte Jimmie gute Nacht sagen sollen, doch blieben ihm aus einem unbekanntem Grunde die Worte in der Kehle stecken...

Jimmie strebte fessam bewegt heimwärts. Was ihm geschehen war, haben seit Jahrhunderten die Dichter zu schildern versucht, doch kannte Jimmie Higgins keine Dichterworte...

Im ärgsten dachte Jimmie, daß er Lizze nichts davon erzählen konnte; die erste Sorge in vier Jahren, die er Lizze nicht gekannt, er empfand ein Gefühl der Beschämung, als er das Wort ins Welt sprach...

Jimmie versuchte seine Feelenkämpfe zu verbergen, und da er — armer kleiner Kerl! — in im Leben etwas zu verheerend gehabt hatte, mißtraute es ihm völlig. Schon bei der nächsten Versammlung suchten die Frauen, Genossin Higgins habe sie enttäuscht...

V

Um des öffentlichen Anstandes willen mußten die Frauen der Ortsgruppe zu diesem Skandal Stellung nehmen. Etwas zum mindesten waren dieser Ansicht: einzeln, ohne sich Besorgungen zu haben, suchten sie am folgenden Tag Lizze auf und riefen ihr...

Die arme Elisabeth Hujar hatte nie Gelegenheit gehabt, sich mit dem Programm des Feminismus zu befassen. Ihre Ideen über wilde Ehen stammten aus einer ganz andern Welt...

Jimmie stand da wie erstarrt; er hatte nie daran gedacht, daß aus den Augen einer Frau solche Tränenbäche zu fließen vermögen, noch daß seine brave, breitgesichtige, gute Frau so kläglich und verloren in ihrem Schmerz sein könne...

Sie wandte sich ihm jählings zu, die Finger gekrümmt, als wolle sie ihm die Augen austreten. „Du weißt doch nicht behaupten, du würdest diesem jungen Ding da nachlaufen, wenn du nicht eine Frau von der Straße hättest. Wäre ich eine anständige Frau, und du wüßtest, daß ich recht habe...“

„Lizze!“ — rief er bestürzt — „hör mich an...“ Doch ließ sie sich nicht unterbrechen. „Alle sagten, ich sei eine Märrin, dennoch habe ich dich geheiratet, weil du mir geschworen hast, es mit mir vorzuwerfen. Und dann habe ich dir Kinder geboren...“

Ein schrecklicher Klimax zu einer Idylle. Jimmie griff entsetzt nach der Hand seiner verzweifeltsten Frau. „Das ist ja alles Unfug! Was hat man dir erzählt. Ich habe nichts Böses getan, Lizze, habe sie bloß ein einziges Mal am Abend heimbegleitet.“

Lizze entgegnete, ein Abend genüge; — das wußte sie aus eigener abschleicher Erfahrung. „Ich kenne diese Frauenzimmer die sich das Haar brechen. Was braucht sie abends mit verheirateten Männern herumzustreifen. Und was für Dinge sie sprich!“

„Sie meint es gut, Lizze, will den Arbeiterfrauen helfen. Diese Geburtenkontrolle... sie möchte die Frauen belehren...“ „Wenn sie die Frauen belehren will, warum spricht sie nicht mit ihnen? Warum redet sie immer mit den Männern? Du kannst mir nichts einreden — mir, die ich einmal das aewein bin, was ich war.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik

Arbeiterbildungsinstitut. (Vorstellung im Operetten-Theater: Die schöne Helena.) Die gestrige Aufführung des köstlichen Offenbachschen Werkes war eine durchaus gelungene...

Schauspielhaus. (Lottens Geburtstag.) Die ungewöhnliche, aber nachträglich erprobte Komödie Ludwiga Thomas ist jetzt neben das herbe Darmstädter Lustspiel Nicker-galls an Stelle des wertvollen, aber in dieser Verbindung nicht angebrachten Jungnickels „Kirchspieltage“ getreten...

Herbstkonzert des Leipziger Volkshores. Zum viertenmal hörte man öffentlich den seit längerer Zeit bestehenden Volkshor unter Leitung des Herrn Oldams. Ein abschließendes Urteil über Entwicklungsfähigkeit und Zukunftsmöglichkeit vermag nach diesem Konzert noch nicht gegeben zu werden...

Theodor Däubler, der am Freitagabend in der Vereinigung für neue Kunst las, ist einer jener abseitigen Dichter, wie sie in Zeiten sozialer Kämpfe nur noch in westabgeschiedenen Winkeln geboren werden...

Meisterwert eindringlicher Kinderpsychologie. Seine Gebichte haben den süßlichen Glanz seiner Trichter Helmat und dabei den verkörperten Pulschlag germanischen Blutes...

Dr. Karl Wolff sprach am ersten Abend seiner Vortragsreihe die vier großen Dichter über die Dichtung des Hlob im Alten Testament. Er wies auf den großen Unterschied im Charakter und in der Anschauungsweise der alten Volksdichtung...

Ludwig Wilmner ist zweifellos einer der besten Goethe- und Schillerrezipienten. Das bewies sein 1. Vortragsabend vollst. Angewandte und spätere Werke dieser Dichter vermag er als kritisch zu gestalten, und es ist ihm zu danken, daß er diese großen, die unsrer Zeit mit ihrer Unruhe und ihrem Drängen, das in so ganz anderer Richtung liegt, verloren zu sehen drohen...

Städtische Theater. Um eine gleichmäßige Verteilung der Pariser-Aufführungen vorzunehmen, macht sich in der kommenden Woche eine Serie von Aufführungen notwendig...

Konzerte. Der Meisterliche Gesangsverein aus Katowitz unternimmt zu Propagandazwecken für die deutsche Sache in Oberschlesien eine Kunsttour durch die großen deutschen Musikstädte...

Vorträge. Die Relativitätslehre Einsteins wird Dr. Rudolf Lammel (Arlsch) am 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Kaufhausgasse in einem Lichtbildervortrag behandelbar...

Künstler-Redoute des Schauspielhauses 1921. Nach sieben Jahren soll in neuem Glanze am 19. Januar 1921 in den Gemächern des Zentraltheaters die Künstlerredoute des Schauspielhauses zum Festen der Deutschen Bühnengenossenschaft wieder entstehen...

Eingelaufene Schriften.

- Josef Palmi. Das schwarze Buch über Keeskemét. Verlagsgenossenschaft Neue Erde, Wien 7. Preis 20 Kr.
Brest-Litowsk, Reden, Aufrufe und Manifeste der russischen Volkskommissare Trotski, Lenin, Joffe, Nabel u. a. m.
Die Weltliteratur. Nr. 46, Julius Groffo, Drei Statuen. Verlag Die Weltliteratur, Berlin SW. 48.
Walter Franzel Deutschland im Jahrhundert Friedrichs des Großen und des jungen Goethe. Heft 2 der Hiftorischen für Volkshochschulen. Verlag von F. A. Perthes, Gotha. Preis 8 M.
M. Ferling, München und Trinken. Lustige „Mädchenstreich“ in Versen. Verlag von W. Hellbach, Leipzig-Lindenau. Preis 7 M.
Francis Jammes, Dichter Ländlich. Deutsche Ausgabe von Claire Goll. Basel und Leipzig, im Rhein-Verlag. Gebunden 16 M.
Karl Sternheim. Berlin oder Juste Milieu. Kurt-Wolff-Verlag, München. Preis 7 M.
H. Schmidt, Allgemeinverständliche Einführung in die Grundgedanken der Relativitätstheorie. Verlag von Hammerich u. Besser, Altona. Preis 8 M.
Der neue Merkur. Monatshefte. Heft 8 des 4. Jahrgangs. Herausgeber E. Risch u. W. Hausenstein. Verlag Der neue Merkur, München. Preis des Einzelheftes 4.50 M., vierteljährlich 12 M.
Julius Romains, Don Quixote oder Die Wunder der Wissenschaft. Eine Filmgeschichte. Verlag Der neue Merkur, München. Preis 8.80 M., geb. 11.50 M.
Carl Hauptmann, Musik. Ein Spiel in 4 Akten. Kurt Wolff Verlag, München. Preis 6 M., geb. 10 M. und 25. Proj. Zuschlag.
Fritz Nagel, Warum hat Oesterreich-Ungarn den Krieg verloren? Das Ende der Habsburgerarmee. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 7. Preis 12 Kronen und Teuerungszuschlag.
Walter Kinkel, Allgemeine Geschichte der Philosophie. Entwicklung des philosophischen Gedankens von Thales bis auf unsere Zeit. 1. Teil: Geist der Philosophie des Altertums. Geb. 13 M., geb. 19 M. Verlag von W. R. Risch, Osterwieck Harz.
R. Engel, Neue Aufgaben und Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Verlag von C. V. Hirschfeld, Leipzig. Preis 1.80 M.
Jahresgabe deutscher Dichter. Verlag von Walter Häbede, Stuttgart. Preis 3.50 M., geb. 5 M., Ganzleinen 7 M.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Oktober 1920.

Nach einem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung hat die im September beobachtete Besserung der Lage des sächsischen Arbeitsmarktes im Oktober angehalten. Die Industrie begann stärker aufzuleben, neue Arbeitskräfte wurden eingestellt und Betriebsbeschränkungen aufgehoben. Der Aufschwung der Industrie konnte indes in dem Rückgang der Zahl der Erwerbslosen nicht voll zum Ausdruck kommen, da sich infolge der frühzeitigen Räte in den freien arbeitenden Berufen bereits Winterarbeitslosigkeit bemerkbar machte. Eine Anzahl Ziegeleien stellte ihren Betrieb ein. In der Landwirtschaft wurden nach Beendigung der Saatarbeiten bereits gelernte Arbeiter entlassen, und die als Sommerarbeiter vermittelten Arbeitskräfte aus der Industrie kehrten in die Heimat zurück. Die Belegung der Industrie ist aber auch nicht so stark, daß von einer Ueberwindung der wirtschaftlichen Krisis gesprochen werden könnte. Hemmend wirkt in allen Industrien der Kohlenmangel. In der Glas- und keramischen Industrie, die mit einheimischen Rohstoffen arbeiten, lagen reichliche Aufträge vor, jedoch konnte wegen Kohlenmangels nicht voll gearbeitet werden. Auch die Papierindustrie ist aus dem gleichen Grunde in der Ausübung ihrer Betriebe beschränkt. Die Metallindustrie ist von der Aufwärtsbewegung am wenigsten berührt worden. Im allgemeinen blieb hier die Lage ungünstig und es fanden noch zahlreiche Entlassungen und Betriebsbeschränkungen statt. In den Emaillewerken war wegen des Kohlenmangels nur ein Teil der Ofen in Betrieb.

Im Spinnstoffgewerbe hat sich die Lage indes wesentlich gebessert. In den Spinnereien, Webereien und Wirkerereien war die Beschäftigung gut. In den Webereien des Vogtlandes war sogar Mangel an gelernten Arbeitskräften, so daß jugendliche und ungelernete Arbeiter zum Anlernen eingestellt wurden. Im Chemischen Bezirk trug die aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge geförderte Textilhilfsaktion wesentlich zur Verminderung der Erwerbslosenzahl bei. Die Lage der Stoffhandlungsindustrie des Köchlicher Bezirks gestaltete sich etwas günstiger. In der vogtländischen Spinnereifabrikation besserte sich der Geschäftsgang weiter, ebenso trat in der Sticker- und Spitzenindustrie eine leichte Besserung ein. Die Lamberindustrie war gut beschäftigt. Die Leinwandindustrie ist mit Aufträgen bis zum Frühjahr versehen. Der weitere Aufschwung hängt wesentlich von der Versorgung mit Kohlen ab.

Im Buchbindergewerbe war der Geschäftsgang lebhafter im Hinblick auf die Weihnachttaufträge. In Leipzig konnte ein Teil der Arbeitskräfte, die hatten ausweichen müssen, wieder in seine alten Betriebe zurückkehren. Für automatische Nähmaschinen konnten in Leipzig nicht alle Stellen besetzt werden. In Dresden war starke Nachfrage nach Kartonnagearbeiten.

Im Sattler- und Lederwarengewerbe wurden wieder Arbeitskräfte verlangt, auch im Tapezier- und Polstergewerbe war Nachfrage nach Facharbeitern.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe zeigten sich gleichfalls Anläufe zur Besserung und es fanden wieder Einstellungen von Arbeitskräften statt. Immerhin ist die Zahl der Erwerbslosen noch erheblich.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe waren die Silbwarenfabriken voll beschäftigt. Für Bäcker und Konditoren war jedoch die Lage unverändert. Nach Fleischern war Nachfrage. Im allgemeinen brachte aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft noch keine Besserung, in Leipzig mußten aus diesem Grunde sogar Geschäfte entlassen werden. In der Zigarrenindustrie wurden Arbeitskräfte neu eingestellt.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe ist der Beschäftigungsgrad erheblich besser geworden. Im Schneidergewerbe war starke Nachfrage nach tüchtigen Kräften und die Zahl der Erwerbslosen ist wesentlich zurückgegangen. An erstklassigen Damenschneiderinnen war Mangel. In der Mäulerei- und Wälderindustrie ist zur Zeit guter Geschäftsgang. Die Schuhfabriken sind wieder ausreichend beschäftigt, in den Reparaturgeschäften fehlte es dagegen noch an Arbeit. Im Schuhmacher- und Wälderhandwerk ging es gut. In den Rauchwarenhandlungen sind Zurechter schon längere Zeit erwerbslos, dagegen war die Rauchwarenfabrikation gut beschäftigt. In der Dresdner Strohhutindustrie hat das Jahresgeschäft eingesetzt, so daß weibliche Arbeitskräfte wieder in größerer Zahl eingestellt wurden.

Im Baugewerbe ist in Dresden, wo von der Stadt 40 Millionen zur Unternehmung von Städtungsarbeiten bewilligt wurden, eine stärkere Abnahme der Erwerbslosigkeit zu verzeichnen. In anderen Landesteilen herrschte Nachfrage nach Bauarbeitern in der Regel nur für Städtungsarbeiten. Beim Innenausbau fanden Glaser, Maler und Töpfer vorübergehend Beschäftigung. Sonst boten für diese Gewerbe ebenso wie für die Dachdecker nur Reparaturarbeiten geringe Arbeitsgelegenheiten.

Im Bergbau- und Steinindustrie- und Holzgewerbe hat sich die Nachfrage nach Buch- und Steinrudern im allgemeinen erhöht, auch weibliche Arbeitskräfte wurden in größerer Zahl gesucht. In Leipzig nahm jedoch gleichzeitig die Zahl der arbeitssuchenden Buchdrucker zu, so daß im ganzen die Lage nur wenig gebessert ist.

Im Handwerks- und Kleingewerbe hat die Zahl der Stelleninhaber infolge der Auflösung der Abwärtungsstellen des Heeres zugenommen. Auch durch Betriebsbeschränkungen hat sich die Stellenlosigkeit vermehrt. Die Nachfrage nach männlichen Anstellern war gering. Die Zahl der weiblichen Stelleninhaber ist zurückgegangen. Verkäuferinnen, Lageristinnen und Hilfsarbeiterinnen wurden wenig verlangt. Der Mangel an Stenographinnen besteht fort.

Im Gastwirts- und Hotelgewerbe wurden nur weibliche Arbeitskräfte verlangt. Freie Stellen werden wenig gemeldet. Wegen der Kreislaufbeschränkungen ist den Kellnern die Arbeitsaufnahme an anderen Orten erschwert. An Herd- und Küchenmädchen war Mangel.

An weiblichem Hauspersonal war die Nachfrage geringer als im Vormonat. Das Ansehen blieb jedoch immer noch hinter der Nachfrage zurück. In Dresden melden sich jetzt mehr Mädchen ohne Anspruch auf Unterstufung die leichter zu vermitteln sind. Um dem Mangel an Hauspersonal abzuhelfen, sind in Leipzig wieder hauswirtschaftliche Kurse für Erwerbslose eingerichtet worden.

Macht sich im ganzen auch ein erhebliche Besserung der Arbeitsmarktlage bemerkbar, so sind die weiteren Ausblicke für eine dauernde Beschäftigung der Industrie doch noch sehr unsicher.

Die Besserung der Lage, die der Bericht im Anfang hervorhebt, dürfte lediglich der durch die Nähe der Monatsabschlussherausgerufenen Konjunktur zu danken und deshalb nur vorübergehend sein. Das geht schon daraus hervor, daß von dieser Besserung in der Metallindustrie nichts zu hören ist. Im Übrigen wird ja durch die Stillestände und den Mangel an Rohstoffen die Zunahme der Arbeitslosigkeit weiter gefördert. Mit dem Abbruch der kurzen Konjunkturperiode dürfte deshalb auch eine weitere Verschärfung eintreten.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitsgemeinschaft und ADGB.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beschäftigte sich in seiner letzten Bundesausschusssitzung u. a. mit einem Antrag aus den Arbeitsgemeinschaften auszutreten. Als „Arbeitsprodukt“ im Herbst 1918 ins Leben gerufen, sind die Arbeitsgemeinschaften vom Tage ihres Entstehens an zum heftigen Streitgegenstand in der Arbeiterbewegung geworden. Wir haben die Arbeitsgemeinschaften stets auf das schärfste bekämpft. Sie müssen fallen. Es

ist eine Utopie, anzunehmen, daß in einer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitern und Unternehmern gemeinsame Interessen (in diesem Falle speziell auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiete gedacht) wahrgenommen werden könnten. Es gibt keine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Beide stehen sich im schroffsten Gegensatz gegenüber. Klasse gegen Klasse. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben das erneut gelehrt. Auch im „neuen Deutschland“ ist keine Abschwächung der Klassengegenüber eingetreten. Im Gegenteil. Je mehr das Proletariat zum entscheidenden Ringen antritt, um die Verwirklichung seines Zieles — des Sozialismus! — in Angriff zu nehmen, um so mehr müssen sich die Klassengegenüber verschärfen. Die Arbeitsgemeinschaften bilden wahrlich alles andre, nur kein Ruheblatt in der deutschen Arbeiterbewegung. Das beginnen auch die „Väter“ und Gründer der Arbeitsgemeinschaften einzusehen. Niemand wagt es mehr, diesem Gebilde ein besonderes Lob zu spenden. Charakteristisch dafür waren auch die Verhandlungen im Ausschuss des ADGB. Zwar wurde der Antrag unserer Genossen, aus den Arbeitsgemeinschaften auszutreten, abgelehnt. Dem Antrage auszuscheiden, dazu vermochte sich die Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter noch nicht aufzuschwingen. Doch wie sieht die vom Bundesausschuss angenommene Entschliessung aus? Sie lautet:

„Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampfe um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht und die Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andre verfassungsmäßige und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, mit denen die Arbeiterkraft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird. Der Bundesausschuss hält zur Zeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirksarbeitsgemeinschaften durchgeführt worden ist.“

Kein Wort mehr von einem „allseitigen, einträchtigen Zusammenarbeiten“, sondern lediglich der durch die Arbeitsgemeinschaften zu erlangende Einblick in das Wirtschaftsleben wird in den Vordergrund gestellt. Die angenommene Resolution, die heute noch an den Arbeitsgemeinschaften festhält, spricht jedoch gleichzeitig von deren zeitlicher Begrenzung und ihrem Erlöschen (siehe die zu erwartenden Bezirksarbeitsgemeinschaften), und hebt hervor, daß die Frage der Arbeitsgemeinschaften in absehbarer Zeit erneut geprüft werden muß.

Niemand wird die Notwendigkeit bestreiten, daß die Gewerkschaften und deren Vertreter tiefere Kenntnisse vom Wirtschaftsleben erlangen müssen. Gerade wir haben das stets hervor. Doch um diese Kenntnisse zu erlangen, braucht es keiner Arbeitsgemeinschaften — abgesehen davon, daß die Unternehmer gar nicht daran denken, freiwillig die Arbeitervertreter mehr in ihre Karten schauen zu lassen, als ihnen gut dünkt. Da müssen schon die Gewerkschaften durch harte Arbeit und eigene Einrichtungen für eine weitgehende Durchbildung ihrer Mitglieder in Wirtschaftsfragen Sorge tragen.

Die Kugeln sind im Rollen. Den jähren unermüdeten Kampf unserer Genossen, die in den Gewerkschaften aktiv tätig sind und unbedürftig um das Geschrei und Geschimpfe von kommunistischer und neu-kommunistischer Seite ihre sachliche Aufklärungarbeit, unsere revolutionären Grundzüge weiter vertreten wird es gelingen, auch den Arbeitsgemeinschaften das Todesglöcklein zu läuten.

Beachtung verdient das Abstimmungsergebnis über den Antrag auf Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften. Der Antrag auf Austritt wurde mit 24 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten sieben Gewerkschaftsvertreter, dazu kommen zwei weitere die bei der Abstimmung nicht mehr zugegen sein konnten, ihre Stellung jedoch vorher niedergelegt hatten. Diese neun Vertreter stellen die Metallarbeiter, die Schuhmacher, Legierarbeiter, Buchbinder, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Eisenbahner, Kupfer- schmiede, Fleischer und Kürschner. Die Vertreter zweier weiterer Organisationen (Bauarbeiter und Schiffszimmerer), die durch Beschlüsse ihrer Verbandstage bereits aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten sind, enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme. Die Mitgliederzahl dieser gesamten 11 Gewerkschaftsorganisationen betrug am Jahreschluss 1919 zusammen 3 088 193 Mitglieder, bei insgesamt 7 338 132 Mitgliedern, die der ADGB zum gleichen Zeitpunkt zählte. Es ist ferner von wesentlicher Bedeutung, daß vor wenigen Tagen auch eine Vorstandskonferenz aller der 15 (Angeklagtenverbände) angeklagten Organisationen beschloß, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten und sich diesbezüglich mit dem ADGB ins Benehmen zu setzen.

Die Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften im Sinne unserer Auffassungen ist unverkennbar. Wir wollen weiter vorwärts. Das geschieht allerdings nicht durch das hysterische Geschrei der verhassten kommunistischen Schattierungen über die „gelben“ Gewerkschaften, die „Stinnesgenossen“ usw., nicht durch die Sprengung der Gewerkschaften u. a., sondern durch eine gründliche, sachliche Arbeit, wie sie von unseren Genossen in den Gewerkschaften mit Erfolg geleistet wurde und weiter geleistet werden muß.

Arbeitslosen und Arbeitslose.

Die Banken-Paläste, und nicht nur diese, sondern fast alle Bankgeschäfte bis herunter zu den kleinsten, erstrecken allabendlich bis spät in die Nacht hinein im hellsten Lichterglanze. Dort steht man sich nicht um den Achtstundentag. Diese Erzeugnisse der Revolution wird von den Bankherren mit einer Handbewegung übergeben. Für sie gilt weit mehr, als sich an dieses soziale Gesetz zu binden. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeitenden ohne Rücksicht auf jedes Menschenrecht werden in den Banken die Angestellten ausgebeutet wie wohl in keinem andern Berufszweig. Durch ihr selbstherrliches, rücksichtsloses Auftreten haben es die Bankherren noch immer verstanden, ihre Angestellten in Ketten zu schlagen. Wiltig und unverdrossen leisten um diese Bankarbeiter seit vielen Monaten täglich 4, 5, und 6 Überstunden. Die Arbeitszeit ist nicht selten 12, sondern 14 bis 16 Stunden an einem Tage. Wie ein Märchen aus vergangener Zeit muten diese Zustände an, ungläublich erscheinen sie dem Fernstehenden.

Nur Arbeit, Arbeit, Arbeit kann das Vaterland vor dem wirtschaftlichen Ruin retten! Diese Worte haben es schon den Bankbeamtinnen und Beamten angetan. Keiner denkt: „Was es denn wirklich so, wird denn durch eure Arbeit das Vaterland vor dem Zusammenbruch bewahrt oder füllt ihr nicht bloß die an sich schon überfüllten Kassen und Geldschränke eurer Unternehmern?“ Ob den euch Anstellten in den Banken noch zu helfen sein wird? Nichts kann diese Bankherren mehr erweichen. Nicht das Bitten der Frau, die den Mann nur gehen und kaum noch kommen sieht, nicht das Bitten des Kindes, einmal wieder fetter heimzukommen. Abgestumpft für all das, was man doch schließlich auch unter Menschen versteht, leidet der Bankbeamte dahin. Er hat nur noch Sinn für die Arbeit, für den Mehrerwerb der geschaffenen wird durch die Überstunden. So leidet der Bankbeamte. Er ist eins geworden im Denken und Tun mit den Bankgewalttätigen. Gedanken die ab und zu mal kommen und die sich bei schäfstischen und Dingen außerhalb seiner Arbeitstätigkeit so lassen sich zusammenfahren. Er glaubt sich dabei erlappt, etwas getan zu haben, was einer Auflehnung gegen seinen Unternehmern gleichkommt. Und das wäre ja Sünde, vielleicht Verbrechen. Der Bankbeamte von heute er handelt fast nur noch im Unterbewusstsein. Ergehlichkeit und Unterwürfigkeit sind Eigenschaften, die den Bankarbeiter immer mehr zum Spielball seiner Ausbeuter werden lassen.

Und die Herren Bankiers? Sie lachen, lachen ob dieser eifrigen, arbeitsfreudigen Beamten und Beamtinnen, ob der unermesslichen Gewinne. Die Kassen sind überfüllt und die vielen kleinen Käse o i Geldschränke strecken sie, oh so froh zufriedener. Was stört die Bankherren die Erinnerung und die Anzahl der zur menschl. Wohlstands herbeiführenden Angestellten? Ihr Herz ist schon lange Stein, jeder Gedanke nur herrlicher Herrschaft, herrschen.

Doch nein, so schön ist es nicht. Die Überstunden, die werden in bezahlt. 150 Mk. 3 Mk., 4 Mk. und seit 1. August d. J. 5 Mk. pro Überstunde das ist doch allerdings Geld! — Die Gesundheit riecht keine Klasse mehr bei diesen Arbeitsmachern. Die Hauptursache für die in den Unternehmern arbeitenden durch möglichst viele Überstunden. Schämt man doch dabei zwei Klassen mit einer Spitze: und das ist die Klasse der Arbeiter. Die mehr durch den Ertrag der Überstunden überhauss (Stunde) heißt? Da ist von untr. Pan. nortreffl. h. Sorge getragen, kapte wir letzten ein Anstalt. Ihr haben jetzt ein Sanitäts- zimmer. Täglich werden 8—10 dieser menschlichen Maschinen dort repariert und wieder in Gang gebracht.

Die Verhältnismasse tut Wunder! Und die Behörden? Sie sehen zu, wie der achtsündige Arbeitstag um ein Bißchen überschritten wird. Kein Organ schilt den Achtstundentag, er steht ja auf dem Papiere, und das genügt.

Arbeitslose, müßen auch diese Zustände in den Banken nicht zu denken haben? Ihr, die ihr Pfade um Woche um Woche in Form der Unterstufung empfangt, die euch kaum vor dem Verhungern schützen? Und ihr Beamte und Beamtinnen in den Banken, denkt ihr bei eurer Mehrerwerb über den Achtstundentag hinaus nicht dieser Vermehrung der Armen, denkt ihr nicht an die, die gern arbeiten möchten und nicht arbeiten können, weil es aneinstich keine Arbeit gibt? Denkt ihr nicht daran, daß ihr mit eurer Arbeit seid, wenn alle die Arbeitslosen weiter hungern und frieren?

Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen in den Banken, wacht endlich auf! Werft endlich die Ketten eurer Zwangs Herren von euch! Arbeit frei carpe diem.

Zentralverband der Anstellten und Angeklagtenrat des sächsischen Betriebe.

In einer am Freitag im Volkshaus abgehaltenen, vom Zentralverband der Anstellten einberufenen Betriebsversammlung der Rats-Hilfsangestellten wurde nach stürmischen Auseinandersetzungen nachstehende Resolution angenommen:

„Die heute im überfüllten Volkshaus beim Tagende große Betriebsversammlung der Hilfsangestellten beim Rat zu Leipzig bestätigte hiermit ausdrücklich die achtste Resolution vom 15. d. M. und fordert unerschütterlich den Austritt des gesamten Anstelltenrates, insbesondere der Herren Feinig, Mühlbus, Ruhmert; die gesamte Anstelltenenschaft spreche dem Angeklagtenrat hiermit ihr „Ärtestes“ Mißtrauen aus und erkenne ihn nicht mehr als ihre Vertretung an.“

Wir fordern alle Gewerkschaften auf, sofort bei ihrer Organisation gegen ihre Kündigung Einspruch einzulegen. Der Zentralverband der Anstellten ist bereit, für diese Kollegen jederzeit einzutreten und ihre Rechte vor den Behörden selbst wahrzunehmen.“

Da in nächster Zeit die zentralen Gewerkschaftsinstanzen sich mit den Differenzen zwischen Zentralverband der Anstellten und Angeklagtenrat beschäftigen werden, sehen wir von weiteren Veröffentlichungen vorläufig ab.

In der Privatklagekammer

Der Gewerkschaftssekretäre a) Heinrich Metzger und b) Paul Pawlowitsch, beide in Dresden, Privatkläger, gegen den Redakteur Heinrich Feiniger in Leipzig, Angeklagter, wegen öffentlicher Beleidigung hat das Schöffengericht zu Dresden in der Sitzung vom 22. Oktober 1920, pp. pp. für Recht erkannt:

Der Angeklagte Heinrich Feiniger wird wegen öffentlich begangener Beleidigung zu zweihundert Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt.

Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen und den Privatklägern die erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

Gerichtssaal.

Filmzensur und Revisionsprüfung. Vom Landgericht Bochum ist am 6. Februar der Kaufmann und Kinobesitzer Heinrich Forst wegen Ausstellung unzulässiger Abbildungen nach § 184 StGB. zu einer Woche Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden; außerdem wurde auf Einziehung des Films im Betrage dieser der Urne erkannt. Der Angeklagte hatte den fraglichen Film gemietet und in seiner Lichtspielhalle ausführen lassen. Das Gericht hat festgestellt, daß der Film als unzulässig anzusehen ist. Der Angeklagte will den Film nicht für unzulässig gehalten haben, da er von der Zensur in Berlin, Stuttgart und München zugelassen und 160 mal aufgeführt worden sei. Wenn die Zensur, so heißt es im Urteil, lag gewesen ist, so gibt dies dem Angeklagten keinen Freibrief und er wird dadurch von der eigenen Prüfung, ob der Film unzulässig sei, nicht befreit. Der Angeklagte hatte gegen das Urteil Revision eingelegt, die aber vom Reichsgericht verworfen wurde. Dieses erklärte, es habe nicht zu prüfen, ob die Zensur zu lax gewesen sei; es habe die Revision zu verwerfen müssen, da ein Verstoß gegen den Angeklagten mit ausreichender Begründung festgestellt sei.

Verurteilung von Heeresgut. Das Landgericht Elbstätt hat am 14. Mai den Garnisonverwaltungsinspektor Georg Oswald wegen Amtsunterschlagung in zwei Fällen zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war im Frühjahr 1919 als Garnisonverwaltungsinspektor in Elbstätt tätig und kam auf den Gedanken einen Teil des ihm anvertrauten Heeresguts sich anzueignen und in seinem Ruhen zu verkaufen. Er trat mit den Kaufleuten Huhn und Nuhbaum in Verbindung und traf mit ihnen ein Abkommen, wonach sie für 67 300 Mk. Kleingewandstücke, Decken usw. übernehmen sollten. Als Nuhbaum mit den erworbenen Gegenständen nach einer andern Stadt fahren wollte, wurde das Heeresgut beschlagnahmt und der Angeklagte selbst wurde vorläufig festgenommen. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

